MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Tageszeitung

Der Westfale

Hauptgeschäftsstelle, Schriftleitung und Druckerei: Bispinghof 12a. Fernruf 105 und 1426. Drahtanschrift: Tageszeitung, Münsterwestf. Berliner Schriftleitung: Berlin S. W. 61, Blücherstraße 7 II, Fernruf: Moritzplatz 4147.

Westfälische Handelszeitung. Einzelnummer 25 Pf.

Monats-Bezugspreis: Durch Boten frei in Haus gebracht oder durch die Post Mk. 5.—. — **Anzeigenpreis:** Ein Millimeter Höhe einspaltig im örtlichen Verkehr 40 Pfg., Bank-, behördliche und auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamen 250 Pfg. — Bei Platzvorschrift 10 Prozent Aufschlag. — Bei Konkursen oder gerichtlicher Eintreibung fällt Rabatt fort. — Erfüllungsort Münster i. W.

Nr. 56 | **Münster i. W. Samstag, den 26. Februar** | **Jahrgang 1921**

Simons über London

Die Rede Dr. Simons

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Ausgabe.)

Minister Simons fährt fort:

Freilich wird jetzt in der französischen Presse gesagt, in London handle es sich nicht um eine Aenderung der Pariser Beschlüsse, sondern um deren Durchführung.

Dann gehen wir vergebens nach London,

denn eine Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse halte ich für völlig ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Es liegt mir fern, vor Ihnen alle unsere Gründe dafür nochmals auszubreiten. Ich will mich nur auf einen Punkt beschränken, auf die

Unmöglichkeit der Annuitäten

und die Unmöglichkeit der 12prozentigen Abgabe auf den Export. Auf das Korrelat dieser Bestimmung, die Zollkontrolle und die Grenzsperre, werde ich mit einigen Worten zurückkommen. Eine besonders wichtige Annuität ist bekanntlich die Leistung bis 6 Milliarden Goldmark jährlich, die 42 Jahre lang auf der deutschen Wirtschaft lastet. Es ist der Ueberschuß des Exportes über die Ausfuhr, der diese Leistungen jährlich voraussetzt. Alle Sachverständigen bei uns, und das hat auch der Vorsitzende ausgesprochen, sind darüber einig, daß wir diese 6 Milliarden niemals werden leisten können. Wir müßten denn mit einer außerordentlich großen Gesamtausfuhr rechnen. Ein großer Teil unserer Ausfuhr beruht aber auf der Einfuhr von Rohstoffen, die wir zur Ausfuhr verarbeiten. Je mehr wir davon einführen und davon bearbeiten, desto mehr steigern wir auch den Wert unserer Ausfuhr. Stellen Sie sich vor,

wie sich alsdann der Welthandel gestalten muß.

Der ganze Export gerät in Unordnung, nicht nur für Deutschland, sondern auch für alle übrigen Länder. Wie sollen wir eine solche Ausfuhr auch nur annähernd herstellen? Das ist nicht möglich, es sei denn, daß wir es auf Kosten des eigenen Inlandbedarfes versuchen. Das kann man aber nicht, wenn man den Inlandsbedarf zar zu sehr einschränkt. Es ist nicht eine durchdachte, sondern

von rasendem Haß eingegebene Idee,

daß wir dauernd 6 Milliarden Goldmark aus unserem Ausfuhrüberschuß den Gegnern zur Verfügung stellen sollen. Nun ist aber unsere bisherige Gegnerschaft nicht darauf aus, uns eine derartige Ausfuhr möglich zu machen, sondern im Gegenteil. Schon jetzt macht sich überall das Bestreben geltend, unsere Ausfuhr zu unterbinden. Es ist nicht nur das ein klares Ergebnis des Versailler Vertrages, der unseren Welthandel unmöglich machen soll. Es ist auch das klare Ergebnis der Bestrebungen, das sich überall da zeigt, wo wir den normalen Handel aufnehmen wollen, daß man überall die deutsche Konkurrenz fürchtet. Ueberall wird Vorsorge getroffen, um die deutsche Konkurrenz, die durch den geringen Wert der deutschen Valuta ins Steigen gekommen ist wieder zurückzudrängen. Wie paßt dazu das Verlangen, neben den 6 Milliarden Goldmark uns auch noch eine

12proz. Ausfuhrabgabe

aufzuerlegen?? (Lebhaftes Sehr richtig!) Diese Ausfuhrabgabe ist uns in erster Linie damit nahegelegt, daß man uns sagt, wenn ihr diese Abgabe nicht auf die Ausfuhr legt, dann bekommt ihr die differenziertenZölle auf deutsche Waren. Ich warne ausdrücklich, diesen Weg zu betreten. Er ist ein Irrweg. Der deutsche Steuerzahler kann diese Verpflichtung nicht tragen. Das müßte die deutsche Industrie tun, die für den großen Export arbeitet, und die Gesamtheit des deutschen Volkes ist an dieser Last interessiert. Die wichtigste Quelle für den Wiederaufbau wird damit nicht nur behindert, der Wiederaufbau wird vielmehr zum Erliegen gebracht. Die Statistik zeigt besonders aus den letzten Tagen, daß von einer aufsteigenden Bewegung nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil kann ich sagen, daß wir einer ganz anderen Entwicklung entgegengehen. Die

Welle der Geschäftslosigkeit,

die sich in Amerika zeigt, wird auch uns erfassen. (Bewegung und Zustimmung.) Das ist die allgemeine Welttendenz, die nicht dahin geht, den Bedarf zu steigern, indem man viel verbraucht, sondern sich nach Möglichkeit einzuschränken (Lebhafte Zustimmung), um die furchtbaren Lasten, die der Krieg allen auferlegt hat, durch Sparsamkeit wieder abzubürden.

Wie kann man da glauben, daß Deutschland das alleinige Land sein kann, das eine solche Steigerung seiner industriellen Entwicklung vornehmen kann, um einer solchen Leistung von 6 Milliarden und 12 Prozent der Ausfuhr, die von der Gegenseite auf 2 Milliarden Goldmark geschätzt wird, Herr zu werden? In dieser Zumutung, die uns von Paris auferlegt wird, liegt nichts weiter als

der Wille, die deutsche Wirtschaft zugunsten der fremden Industriellen zu zerrütten,

wodurch man allerdings auch die Wirtschaft dieser Länder zerrütten wird. (Sehr richtig!) Es ist also eine vollkommen falsche Maßnahme. Die Fronarbeit, unter die man 42 Jahre die deutsche Volkswirtschaft stellen will, um von uns diese große Summe zu erpressen, würde sich herausstellen als eine Vernichtung des ehrlichen Handels und der ehrlichen Arbeit der ganzen Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb handeln die Gegner

gegen ihre eigenen Interessen,

wenn sie das deutsche Volk zu dieser Fronarbeit verurteilen.

Von Ihrem wirtschaftlichen Ausschuß ist schon darauf hingewiesen worden, wie ich aus dem vorliegenden Antrag sehe, daß eine solche Verurteilung des deutschen Volkes zur Fronarbeit gegen die feierlich von den Gegnern und von uns unterschriebenen Verpflichtungen verstößt. Es ist nicht denkbar, daß diese Arbeit geleistet werden kann, ohne den

Lebensstandard unserer arbeitenden Bevölkerung

weit unter das Maß des Zulässigen herabsinken zu lassen. Im Artikel 23 des Friedensvertrages verpflichten sich die Ententestaaten zu angemessenen Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder. (Hört, hört!) Auch von uns ist das unterschrieben worden. Die Arbeit soll nicht lediglich als eine Ware oder als Handelsartikel angesehen werden. Sie soll auch nicht zu Reparationszwecken dienen. Auch ist eine Lohnregelung vorgesehen, die eine angemessene Lebensführung sichert. Mit diesen Methoden läßt sich das nicht erreichen.

Aber, meine Herren, ich gebe vollkommen zu, daß die Zustimmung, die ich bei meiner süddeutschen Reise besonders in den nahe der Grenze liegenden Gebieten gefunden habe, nicht genügt, wenn wir nach London kommen. Von der Reichsregierung ist bereits beschlossen worden, daß wir

Gegenvorschläge

machen wollen. Wir haben uns große Mühe gegeben, diese ungeheuer schwere Aufgabe zu lösen, um mit praktischen Vorschlägen kommen zu können. Wir müssen dabei die Bedürfnisse unserer Gegner prüfen und suchen, ihnen Genüge zu tun. Es handelt sich namentlich um das gewaltige Finanzbedürfnis Frankreichs, das sich schon ausdrückt in außerordentlich hohen Summen, die Frankreich aus eigenen Mitteln für Reparationszwecke bereits aufgewendet hat.

Dazu kommt aber als zweites eine große Sorge, die fast alle unsere ehemaligen Gegner erfüllt und die auch besonders England betrifft. Das ist die große

Sorge um die deutsche Konkurrenz.

Es liegt hier die alte Quadratur des Zirkels vor, mit der sich schon die Pariser Friedenskonferenz abgequält hat, daß man die deutsche Wirtschaftskraft als Konkurrenz ausschalten und als Arbeitsmaschine anspannen will. Wir müssen naturgemäß darauf halten, daß wir lebendig bleiben als arbeitendes Glied des allgemeinen menschlichen Wirtschaftskörpers und daß wir nicht mehr für andere leisten, als es mit unserem eigenen Bestehen in Einklang zu bringen ist. Und dafür haben wir keine vertragsmäßige Basis. Die Zusicherung im Schriftwechsel der Entente bestätigt, daß uns die Erfüllung des Friedensvertrages nicht so weit ruinieren darf, daß unsere Lebens- und Leistungsfähigkeit gefährdet wird. Ueber diese Wirkung der Quadratur des Zirkels war man seitens der Sachverständigen immer noch geteilter Meinung. Ich habe vor kurzem die letzte Sitzung der Sachverständigen geleitet und die Einstimmigkeit in den Gegenvorschlägen nicht zu erzielen vermocht. Inzwischen haben wir aber die Anregung des Sachverständigenausschusses im engeren Kreise noch verfolgt und wir sind dahin übereingekommen, der Reichsregierung in sich tragbarere und

für die deutsche Wirtschaft erträglichen Gegenvorschläge

machen zu können, die auch die Bedürfnisse der Gegner berücksichtigen und sich in dem Maße halten, daß sie praktisch ausführbar sind. Darüber wird sich das Kabinett wahrscheinlich heute oder morgen schlüssig werden. Die letzte Sitzung mit den Sachverständigen ist am Freitag einberufen worden. Selbstverständlich werden wir

unsere Gegenvorschläge nicht früher der Oeffentlichkeit unterbreiten

können, als sie unseren Gegnern vorliegen. Die ganze Arbeit ging bis in die letzten Tage hinein. Wir werden allerdings denjenigen Vertretern des deutschen Volkes, die ein Recht darauf haben, die Mitteilungen über die Gesamtheit unserer Vorschläge machen müssen und dies soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses des Reichsrates und der Vertreter der Parteien gegenüber geschehen, um sie in den Gedankengang der Gegenvorschläge einzuführen, die dann von dem Kabinett festgelegt sein werden. Das deutsche Volk darf sich nicht das Zeugnis ausstellen, ihre Regierung sei schlapp. Dann glauben es die anderen auch. Worauf es der deutschen Regierung ankommt ist, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit seiner Regierung zuruft:

Bleibe fest und wir vertrauen, daß du fest bleibst. Dann werden wir fest bleiben, davon können Sie überzeugt sein.

Ich benutze die letzte Gelegenheit vor der deutschen Oeffentlichkeit meiner festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß es gegen Vertrag und Recht verstößt, wenn eine Ablehnung zu

Sanktionen

Anlaß geben sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Vorschläge sind dazu da, um angenommen oder abgelehnt zu werden. Dieses hätte im Vertrage schon berücksichtigt werden müssen. Sanktionen können erst in Frage kommen, wenn festgestellt ist, daß wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen. Diese Verpflichtungen sind uns aber mitgeteilt worden in der Form, daß sie als Entschluß von uns anzunehmen sind, und ohne daß wir Zeit hatten, sie zu prüfen. Meine Herren: Ich erkläre mit Ueberzeugung, daß Sanktionen noch nicht zu erwarten sind, wenn es nach Recht und Billigkeit geht. Es lassen sich Anzeichen wahrnehmen, daß eine Ablehnung der Vorschläge von Paris als Widerspenstigkeit Deutschlands aufgefaßt wird und zu Sanktionen Anlaß gibt. Zu diesen Sanktionen gehört die Verlängerung der Besetzung, die Nichtaufnahme in den Völkerbund, die Errichtung eines eigenen Zollgebiets in dem besetzten rheinischen Gebiet und weitere Besetzung deutschen Gebiets außerhalb Rheinlands. Ich habe die wirklichen Folgen dieser Sanktionen mit den Ministerien der Ländern, die ich besuchte, ausführlich durchgesprochen. Ich nehme an, daß sie auch vom Reichswirtschaftsrat durchberaten werden. Diese sind schwer für die deutsche Wirtschaft, insbesondere infolge Zusammenlegung wirtschaftlicher Gebiete unter Unterdrückung deutschen Gebiets, das bisher frei war, unter fremde Herrschaft. Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Delegierten in London sein, den Eindruck zu erwecken, daß wir uns leichtfertig über diese Gefahren hinwegsetzen, sondern zu betonen, daß wir den guten Willen haben mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Plan des Wiederaufbaus. Es ist nicht menschenmöglich, daß ein Volk den ganzen Schaden wiedergutmacht, der 27 anderen Völkern geschehen ist. (Sehr richtig!) Man hat die Unmöglichkeit dieser Forderung eingesehen, man hat dem

Friedensvertrag die Form eines Strafurteils

gegeben, ein solches Strafurteil haben wir unterschrieben. Wir hoffen aber, daß die Zeit kommt, wo das Verfahren wieder aufgenommen wird, wo unsere Feinde einsehen werden, daß ihre Voraussetzungen unrichtig sind, daß sie auch für unsere Feinde selbst schädlich sind. Die deutsche Regierung hat die Absicht, das Programm des Friedensvertrages in den

Grenzen des Möglichen

auszuführen. Wie weit diese Grenzen gehen, haben wir geprüft. Sie gehen nicht annähernd so weit, wie unsere Gegner glauben. Es handelt sich hierbei um eine gemeinsame Aufgabe der ganzen Kulturmenschheit. Alle, die am Kriege beteiligt waren, ja selbst die, die nur Zuschauer waren, müssen mitarbeiten. Die Reparation ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist eine geistige Aufgabe, die von einer neuen Auffassung der Verhältnisse zwischen den Völkern durchdrungen sein muß.

Wir sind uns der Verantwortung wohl bewußt, die wir in London zu tragen haben. Mehr als je habe ich bei meiner Reise im deutschen Südwesten es Tag für Tag, Stunde für Stunde erfahren, daß die Männer, mit denen ich verhandelt habe, die Folgen eines Reins genau vorgesehen haben. Sie sind nicht nur geneigt, darüber nachzudenken, sondern auch diese Folgen auf sich zu nehmen. (Beifall). Ich habe ihnen das Durchdenken nur erleichtert und mir Mühe gegeben, ihnen die Konsequenzen zu zeigen, die uns zwar noch nicht offiziell angedroht sind, aber die doch vorausgesehen werden können."

Das deutsche Volk schickt seine Leute vor den Feind. Solange sie dort stehen, muß die deutsche Heimat geschlossen bleiben. Wir müssen unserer Politik und unserer Wirtschaft eine Schonzeit auferlegen, damit wir nicht durch unerwartete und unüberlegte Streithandlungen geschwächt und in der Aktionsfähigkeit gefährdet sind. Ich warne, den Kampf in dieser Zeit auf die Spitze zu treiben. Ich warne vor allem, und da unterstreiche ich das, was ich in der deutschen Presse gelesen habe, vor unbedachten politischen Abenteuern, wie sie noch von mancher Seite gehegt werden. Diese Abenteuer wird sich keine Regierung gefallen lassen. Ich werde das Meinige tun, um jeden Versuch niederzuschlagen. Wir brauchen eine Zeit des Aufatmens unserer Wirtschaft, eine Sicherheit dafür, daß uns die Konferenz nicht die Möglichkeit zuschanden schlägt, ihnen in den Grenzen des Möglichen für ihre Bedürfnisse behilflich zu sein. Wenn der Reichswirtschaftsrat hier der Regierung Unterstützung leiht, so würde ich persönlich ihm von Herzen dankbar sein." (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen).

In der darauf folgenden Debatte sprachen Geheimrat v. Siemens, Wissell, August Müller, Witthöft, Baltrusch und Frau Kramer. Es kamen also Redner der beiden hauptsächlichsten Parteien, der Verbraucher und der Erzeuger, zu Wort. Alle waren sich einig in der Verurteilung der Pariser Gewaltforderungen, was in einer Entschließung zum Ausdruck kam, in der es u. a. heißt:

„Die im Reichswirtschaftsrat vereinigten Vertreter der gesamten deutschen Wirtschaftsunternehmer und -arbeiter stehen auf dem Standpunkte, daß die deutsche Regierung die von ihr im Friedensvertrage übernommene Verpflichtung der Wiederherstellung in loyaler Weise und mit allen Kräften zu erfüllen suchen muß. Die Forderungen der Pariser Note sind jedoch in keiner Weise geeignet, diesen Zielen zu dienen. Die Durchführung dieser Forderung würde im Gegenteil nur zur baldigen Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens führen und damit jede Wiederherstellung unmöglich machen. Wenn Deutschland also zahlen soll, muß es zunächst sein Leben fristen können.

Aus diesem Grunde erachtet es der Reichswirtschaftsrat für seine Pflicht, vor dem Lande und der Welt zu bezeugen, daß die in der Pariser Note erhobenen Forderungenen unerfüllbar sind. Der Reichswirtschaftsrat bittet deshalb die Regierung, in Erfüllung der Verpflichtung der Wiederherstellung die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzuhalten. Sollte auf dieser Grundlage eine Einigung mit den Gegnern nicht zu erzielen sein, so bittet der Reichswirtschaftsrat in voller Erkenntnis der Folgen die Reichsregierung einmütig und dringend, auf ihrer Ablehnung der gegnerischen Vorschläge zu beharren."

Präsident Edler v. Braun verliest dann noch zum Schluß folgende

Erklärung der Vertreter des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter,

Angestellten- und Beamtenverbände:

„Wir weisen mit Entrüstung die Pariser Forderungen zurück, deren Härte in krassem Gegensatz steht zu den moralischen Zielen, die vom Völkerbund stets betont worden sind. Die Durchführung dieser Bestimmungen würde die dauernde Versklavung des deutschen Volkes, jeglichen Verzicht auf kulturellen Aufstieg und beständige Bedrohung des inneren Friedens zur Folge haben. Diese würden die Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmerschaft dauernd lähmen und damit die Erfüllung der im Versailler Vertrag übernommenen Wiederherstellungsverpflichtungen gänzlich unmöglich machen. Namens der im Gewerkschaftsring vereinigten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände erklären wir uns bereit, die Regierung bei ihrem Bestreben, eine dem deutschen Wirtschaftsleben gerecht werdende Lösung der Wiederherstellungsfrage zu erreichen, mit allen Kräften zu unterstützen und die Folgen zu tragen, die aus einer Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge sich ergeben könnten."

Um 2 Uhr wurde dann der Reichswirtschaftsrat geschlossen.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Die Orient-Konferenz

Die türkischen Forderungen und Zugeständnisse

* **London**, 24. Februar.

In der Sitzung der Konferenz von 11 Uhr vormittag erklärte Reschid Pascha, daß in Anbetracht des Unwohlseins von Tefwik Pascha die beiden Abordnungen übereingekommen seien, Bekir Sami Bey die Darlegung des türkischen Standpunktes zu überlassen. Dieser erklärte, die türkischen Forderungen erstrecken sich auf zwei Punkte. Der erste betreffe die territorialen und wirtschaftlichen Forderungen, der zweite die finanziellen Ansprüche. Was den ersten Punkt anlange, so verlangen die Abordnungen für die europäische Türkei die Grenze von 1913, für Kleinasien eine Südgrenze, die einer Linie folgen werde, die im Einvernehmen mit den beteiligten Parteien festgestellt werden soll. Das Gebiet werde freigegeben, das von einer armenischen Mehrheit bewohnt wird. Im Osten müsse diese Grenze die Abgrenzungslinie zwischen Armenien und der Türkei sein in der Gestalt, wie sie in dem ersten Vertrage zwischen Angora und der Regierung von Eriwan festgesetzt wurde. Die Griechen müssen das Gebiet von Angora räumen, das an die Türkei zurückfalle. Ferner werde verlangt: Schiffahrtsfreiheit in den Meerengen, ohne die Sicherheit von Konstantinopel zu gefährden unter Anerkennung der türkischen Oberhoheit bei gleichzeitiger Schleifung der Befestigungen der Meerengen, Einsetzung einer Meerengenkommission, in der die Türkei vertreten sein soll, Anerkennung der Minderheiten unter türkischer Oberherrschaft in Gerichtsangelegenheiten, Einsetzung einer Gerichtskommission von ausländischen und türkischen Juristen, um das Rechtswesen nach modernen Grundsätzen umzugestalten, genügende Land- und Seestreitkräfte zur Verteidigung der Küsten und Grenzen sowie zur Wahrung der Ordnung im Innern, Umgestaltung der Gendarmerie unter Mithilfe ausländischer Offiziere. Was die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen betrifft, so verlange die Türkei wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit, Abschätzung der gegenseitigen Schäden und Entschädigungen. Nach kurzer Unterbrechung hörte die Konferenz die Darlegungen von Nihab Reschid Bey über Thrazien an, die die zahlenmäßige Mehrheit der Türken in Thrazien feststellen und die Notwendigkeit betonten Ostthrazien sowohl im türkischen, wie im griechischen und alliierten Interesse bei der Türkei zu belassen. Er begründete seine Forderung mit der Tatsache, daß die griechischen Kaufleute an den Küsten geschäftlich abhängig seien von den Türken, da diese das Land in Besitz haben. Nachdem die Türken sich zurückgezogen hatten, erschien Kalogeropulos. Nachdem er über die Besprechungen unterrichtet war, wurde er aufgefordert, um 4 Uhr nachmittags eine Aufstellung der griechischen Forderungen einzureichen.

Mißstimmung in Paris

Genf, 25. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Londoner Beratungen über die Orientfragen finden in Paris weiterhin eine sehr ungünstige Aufnahme. Der Vorschlag des englischen Ministerpräsidenten, den Emir Feisal anzuhören, stieß, wie bereits kurz gemeldet, auf den heftigen Widerstand Briands und gab abermals zu einer unerquicklichen Debatte Anlaß. In ähnlicher Weise wurden die Bemühungen zur Schaffung eines arabischen Königreiches damit begründet, daß England entschlossen sei, Mesopotamien zu räumen, da Emir Feisal am besten geeignet erscheine, die Ruhe in diesem Gebiet zu sichern. Pertinax hält im „Echo de Paris" den Konflikt bereits für so weit zugespitzt, daß er mit der Möglichkeit direkter türkisch-französischer Verhandlungen rechnet.

* * *

Endgültige Formulierung des deutschen Sachverständigen-Gutachtens

Berlin, 24. Februar.

Die Redaktionskommission der Sachverständigenkonferenz für London hat heute vormittag 9 Uhr ihre Arbeiten an der Formulierung des Sachverständigengutachtens über die Ententevorschläge fortgesetzt und hofft, in den nächsten Stunden ihre Arbeiten vollkommen abschließen zu können. Es ist festzustellen, daß die gesamten Arbeiten der Konferenz bis in die letzten Einzelheiten erledigt und eine völlige Uebereinstimmung der Teilnehmer erzielt worden ist. Das Reichskabinett wird sich, wie bereits berichtet, voraussichtlich heute nachmittag mit der Konferenzfrage abschließend beschäftigen. Morgen wird dann, wie bereits angekündigt, der erweiterte Sachverständigenausschuß gleichfalls sich mit der Arbeit für die Londoner Konferenz befassen.

Italiens Protest gegen die Reparationsregelung

Rom, 25. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die italienische Regierung hat jetzt ihre Note, in der sie den Standpunkt Italiens in der Wiederherstellungsfrage ausführlich behandelt, fertig gestellt. Es wird darin die Verteilung der Reparationssumme, wie sie von der Wiederherstellungskommission ausgearbeitet worden ist, als für Italien sehr unbefriedigend bezeichnet. Man könne sich nicht mit einem zehnprozentigen Anteil an der Gesamtsumme zufrieden geben. Der in den Pariser Beschlüssen angeregte Zuschlag von 12½ Prozent auf die deutsche Ausfuhr sei den italienischen Interessen durchaus widersprechend, wenn er auch für England und Frankreich annehmbar sei. Die italienische Wirtschaft sei mit der deutschen schon sehr eng verknüpft und stehe durchaus nicht im Wettbewerb mit ihr. Italien könne auf deutsche Waren nicht verzichten, ebenso wenig wie Deutschland auf die italienischen. Die in den beiden Ländern zur Ausfuhr kommenden Waren ergänzen sich.

Der Friedenszustand mit Amerika

j. **Haag**, 24. Februar.

Die bekannte Resolution des Senators Knox über die Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland ist in erster Lesung vom amerikanischen Kongreß angenommen worden.

j. **Haag**, 24. Februar.

Aus St. Augustin wird neuerdings gemeldet, daß Präsident Harding sofort nach seinem Amtsantritt die Resolution des Senators Knox durch den Kongreß annehmen lassen wolle, in der erklärt wird, daß fortan Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten besteht. Die konsularischen Vertretungen zwischen beiden Ländern sollen sofort wieder eingerichtet werden. Präsident Harding ist über alle Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten einerseits und zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland anderseits über die Finanzfragen, die gegenwärtig schweben, auf dem laufenden. Alle Verhandlungen sollen von dem neuen Staatssekretär Hughes geführt werden.

Der amerikanische Protest an den Obersten Rat

Paris, 24. Februar.

Nach einer Havasmeldung nahm der Oberste Rat von der Mitteilung der Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage Kenntnis. In dieser Mitteilung erklärte die Regierung der Vereinigten Staaten, sie benutze die Gelegenheit, um dem Völkerbundsrat die Abschrift der an Lord Curzon gerichteten Note vom 20. November 1920 zu übersenden in der die Ansichten der Vereinigten Staaten über die Natur der Verantwortlichkeit der Mandatsmächte im einzelnen dargelegt werden. Eine Abschrift dieser Note wurde bisher an die Regierungen von Frankreich und Italien geschickt. Die Regierung der Vereinigten Staaten lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf die in der erwähnten Note vorgebrachten Forderungen, daß man ihr die Pläne über die Mandate, die dem Völkerbund überlassen werden sollen, mitteilen müßte, bevor sie dem Völkerbund unterbreitet werden, damit letzterer die Angaben und Grundsätze berücksichtige, von denen die Vereinigten Staaten ihre Zustimmung abhängig machen. Die amerikanische Regierung erhielt den Text des Mandats über die vormals deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Aequators, das dem Kaiser von Japan übertragen wurde. Dieser Text ist vom Völkerbundrat in der Sitzung vom 17. Dezember 1920 genehmigt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, sie gebe niemals die Zustimmung dazu, daß die Insel Jap unter japanisches Mandat und zugleich unter japanisches Gebiet falle. Sie erinnert daran, daß sie bereits die englische, französische, italienische und japanische Regierung davon benachrichtigte, indem sie ihnen zur Kenntnis gab, daß sie dieses Verhalten auf die Ansicht stütze, daß die Insel Jap notwendigerweise bei jedem Plan oder jedem praktischen Problem für die Kabelverbindung im Stillen Ozean in Frage kommt und daß keine Macht die freie Benutzung dieser Verbindung beschränken oder kontrollieren dürfe. Sie legt Wert darauf, daß man von ihrem Protest gegen den in der Sitzung vom 17. Dezember 1920 in dieser Frage vom Völkerbundsrat getroffenen Entscheid Kenntnis nehme. Sie bittet gleichzeitig den Rat, dessen Vorgehen hoffentlich auf ungenaue Auslegung der Sachlage zurückzuführen sei, die Frage einer neuen Prüfung zu unterziehen, die Vorbedingung zu einer gerechten Regelung ist.

ep. **Basel**, 25. Februar.

Nach einem Pariser Telegramm der „Nationalzeitung" scheint man in offiziellen Kreisen Frankreichs über die unerwartete Intervention Amerikas an den Völkerbundsrat sehr aufgeregt zu sein. Die amerikanischen Vorbehalte in der Mandatsfrage betreffen hauptsächlich Mesopotamien und die Insel Yap. Was Mesopotamien anbelangt, so sind die Petroleumquellen jedenfalls der Grund, und die amerikanische Intervention scheint auf den Einfluß der Standard-Oil-Company und einiger Gruppen von Finanzmännern, die an den Quellen großes Interesse haben, zurückzuführen zu sein. Betreffend die Insel Yap läßt sich die amerikanische Intervention leichter erklären, weil dieses Mandat Japan anvertraut wurde. In Paris unterschätzt man die Bedeutung der amerikanischen Note nicht, aber es ist noch verfrüht, die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten abzuschätzen. Jedoch ist nicht zu bestreiten, daß diese Note in die Arbeiten der Londoner Konferenz Verwirrung bringen wird.

Baldige Wiederaufnahme des deutsch-amerikanischen Konsulatsdienstes

tu **Washington**, 24. Februar. Die amerikanische Regierung teilte der deutschen Regierung mit, daß sie bereit sei, den Vorschlag zur Wiederherstellung des konsularischen Dienstes zwischen beiden Ländern wieder in Erwägung zu ziehen. Sobald die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, werde der neue Staatssekretär des Aeußeren sich mit den hierzu nötigen Unterhandlungen befassen.

*

Französische Vorbereitungen zur Besetzung der amerikanischen Zone?

* **Paris**, 24. Februar.

Wie das „Journal" aus Toulon erfährt, hat die zweite Kolonialdivision, deren Truppenteile in verschiedenen Garnisonen der Touloner Gegend untergebracht sind, Befehle erhalten, die jeden Urlaub nach Paris und nach den Kolonien verbieten. Nach dem „Journal" liegt der Grund für diese Befehle darin, daß die zweite Kolonialdivision nach dem Abzug der amerikanischen Truppen die bisherige amerikanische Zone besetzen soll.

England und die Besatzungsfrist

da. **London**, 24. Februar. (Eig. Drahtb.)

In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus legte die britische Regierung dar, daß ihrer Ansicht nach hinsichtlich der Dauer der Rheinlandbesetzung und ihrer etwaigen Verlängerung, falls Deutschland seinen Vertragsverpflichtungen nicht nachkomme, keinerlei Aenderungen eingetreten seien. Nach wie vor seien hierfür die Artikel 428 bis 431 des Versailler Vertrages maßgebend, die bisher einer Umänderung nicht unterzogen worden seien. Damit hat die englische Regierung den französischen Wünschen und Anregungen auf Hinausschiebung der Fristen der Rheinlandbesetzung eine glatte Absage erteilt.

daß auch General von Seeckt nach London komme, entnimmt der Berichterstatter, daß man beabsichtigt, auch über die Entwaffnung zu verhandeln.

Kölns Treuspruch in schwerer Entscheidungsstunde

jt. **Köln**, 24. Februar.

Die Stadtverordneten faßten heute folgende Entschließung:

„Von den Sanktionen, die zur Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen der alliierten Mächte dienen sollen, treffen zwei uns Rheinländer besonders schwer, die Verlängerung der Dauer der Besetzung und die Errichtung einer Zollgrenze längs des Rheins. Angesichts der Londoner Konferenz erklären wir einmütig, daß auch die Anwendung dieser Bestimmungen uns in unserer Treue zu Deutschland und zum deutschen Volke nicht wanken lassen wird, und daß die schweren wirtschaftlichen Schäden, die daraus erwachsen müssen, für uns wie für die Reichsregierung zurücktreten haben hinter dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes."

Gegen diese Resolution stimmten die Kommunisten.

Eines Hauses Not

Roman vom Niederrhein.
Von **Wilhelm Momma**

33. Fortsetzung.

25.

Die Monate bis zum Herbst gingen scheinbar ereignislos an dem kleinen Weberhäuschen vorüber, und sie waren doch wie die Zeit vor einem heraufziehenden Gewitter. Wie heiße dicke Luft lag es über der Familie, in der das Leben vor Angst erstarrt schien. Die Menschen gingen scheu aneinander vorbei und wagten nicht, einander in die Augen und in die Herzen zu sehen. Sie sahen es schwarzdrohend über sich stehen, waren innerlich lahm und warteten, bis sich das Gewitter auf sie entladen werde. Der einzige, der durch die schwarze Wolkenwand hindurch nach dem Sonnenlicht suchte, war Ernst Heynen. Der andern Not war ihm brennender geworden als die eigene, sie war auch seine Not. Der Gedanke hob ihn über die dumpfe Schwüle hinaus und machte seinen Blick in die Zukunft freier. Wenn der Vater aus der Krankenstube herunterkam, sah er ihm fragend ins Gesicht, die Not darauf zu lesen. Sein Blick ging bittend hinter Lisbeth Krall her und flehte: „Sag' mir doch, was dich quält!" Sie sahen es beide nicht, lebten wie von einer Wolke umgeben durch die Tage und trugen ihr Leid allein.

Draußen in Garten und Feld aber floß das Leben in um so wuchtigerem Strom daher; da reifte die Frucht und sank unter der Sense des Schnitters, färbte die Sonne das Obst, daß es leuchtend zwischen dem fahler werdenden Laub herausah, hegten die Vögel ihre Brut und gewöhnten sie ans frohe, gefährliche Leben, gingen ahnend seinen Gefahren aus dem Wege und suchten sich in wärmere Länder hinüber. Johann Heynen aber stand Tag um Tag am Krankenzimmerfenster seines siechenden Weibes, sah ins Sommer- und später ins Herbstsonnengold hinein, und seine Augen tränten. Trina Heynen war ein langsam verlöschendes Licht. —

Da kam ein stürmischer Septembertag; wild heulte der Sturm und ratterte an Fensterläden und Dachsparren, deckte Scheunendächer ab und wirbelte drunten im Bruch die Pappeln an den Wassergräben, daß sie knickten. Johann Heynen saß geduckt in seinem Stuhl, hämmerte sein Werk zusammen und sah bisweilen scheu durch die kleinen Fenster hinaus nach dem düstern Himmel. Auf dem freien Platz vorm Hause brach sich der Sturm, heulte wild auf und stieß sich am Hause. Das bebte in allen Fugen.

„Ist das unheimlich, Kinder," sagte er, aus dem Stuhl tretend, und ging zu seinem kranken Weib hinauf. Die beiden Kinder sahen mit dem gleichen scheuen Blick hinter ihm her. — — —

Als er wieder herunterkam, erhielt sein Herz einen viel schlimmeren Stoß noch; da trug der Briefträger ihm wieder einmal einen Brief von Karl Krall ins Haus.

„Morgen steht der Fritz vor dem Schwurgericht in Elberfeld", schrieb er kurz. „Ich habe es nicht früher erfahren, weil ich nicht zu Haus war. Ich will hin und will sehen, ob ich ihm noch etwas Liebes tun kann."

Darunter zuckte der Alte zusammen wie unter dem ersten grellen Blitz. Er steckte den Brief in die Tasche, stieg wie im Traum wieder in seinen Webstuhl und tat willenlos seine Arbeit. Wie anhaltendes Donnergrollen war es in seiner Seele, die voller Qual war. Erst nach Feierabend las er das Schreiben noch einmal, fühlte noch einmal die dumpfe Not sich auf seine Seele legen und glaubte, nicht dagegen an zu können. Als er sich dann aber ans Sinnen gab, klang der letzte Satz des Briefes in ihm nach und ließ ihn nicht los. „Ich will sehen, ob ich ihm noch etwas Liebes erweisen kann."

Er las ihn noch einmal, las ihn immer und immer wieder. Es klang so fremd und doch auch so bekannt. Hatte er sich danach nicht sein ganzes Leben hindurch gesehnt? Und gleich war er entschlossen: er mußte auch hin und dem Jungen noch etwas Liebes tun. Er mußte. Nur, daß er seine kranke Frau allein lassen sollte, das fiel ihm schwer.

Er schleppte sich die enge, steile Treppe hinauf.

„Frau," sagte er herb, „kannst du morgen wohl ohne mich fertig werden?" Die sah ihm nach den Augen.

„Warum?"

„Ich müßt wohl verreisen."

„Hast du was von Fritz gehört, Mann?"

Als er ihrem Blick auswich und nicht antwortete, legte sie ihre welke Hand in die seine und sagte still: „Ich werd schon fertig. Die Kinder versorgen mich ja."

In ihrem Blick war unsagbares Mitleid; sie wußte, wenn er ihr auswich, dann hatte er sicher das Herz voller Not. Da biß er die Zähne zusammen, um nicht aufschreien zu müssen, und rannte hinaus, stürzte die Treppe hinunter, riß in der Weberstube die Mütze vom Webstuhlbalken und ging eilig aus dem Hause. Ernst und Lisbeth sahen fragend hinter ihm drein und wußten nicht, was seine Hast bedeutete. Sie lauschten auf seine harten Tritte, die durch das Heulen des Sturmes zu hören waren, wie er über den freien Platz nach der Straße ging. „Er wird zum Nachbarn gehen," sagte Ernst Heynen, wie um sich zu beruhigen, glaubte seinen Worten aber selbst nicht. — — —

Als Johann Heynen ins Freie trat, warf ihm der Sturm einzelne dicke Regentropfen ins Gesicht, zerrte an seinen Kleidern, als wollte er ihn mit sich fortreißen, und heulte lauter noch auf. Der Alte spürte davon nichts; in ihm war es grad so: Sein ganzes Leben war ihm gleich sturmdurchtost und zerzaust.

Er ging langsam — wie einem dunklen Drange folgend — die Dorfstraße entlang ins Bruch hinaus; da klang das Toben des Sturms wie das Heulen der Wölfe und das Winseln jammernder Kinder. Ihm war's, als wäre er aus seiner Seele herausgeboren.

Es ward dunkel um ihn, der Regen ward heftiger; er achtete nicht darauf. Immer ging ihm die Nachricht durch den Sinn: „Morgen steht der Fritz vor dem Schwurgericht in Elberfeld!"

Mein Junge, das Kind, das er sich selbst mit den andern auf die Seele gebunden hatte! Was hatte das Leben aus ihnen gemacht?

Aber dann hörte er auch das andere, den Schluß des Briefes: „Ich will ihm noch etwas Liebes tun". Das hatte der Karl geschrieben, gerade der, der sich so leicht aus seinem Haus herausriß!

Das Wort nahm ihn bei der Hand und führte ihn endlich wieder heim.

Spät in der Nacht war es schon, als er durchnäßt zu Ernst und Lisbeth in die Stube trat. Die beiden hatten durch bange Stunden hindurch kein Wort miteinander geredet, waren in ihren Gedanken besorgt hinter dem Vater hergegangen und hatten Not um ihn gehabt

„Vater!" sagten sie jetzt wie aus einem Munde, und Johann Heynen dachte. „Die haben beide auf mich gewartet!" Das tat seiner wunden Seele wohl.

„Kinder!" sagte er und lächelte bei dem Wort, — wie lange hatte er sie so nicht mehr in einem Atemzuge genannt — Kinder, morgen müßt ihr die Mutter allein versorgen. Das müßt ihr mir versprechen, daß sie an nichts zu kurz kommt!" Er griff nach ihren Händen und sah sie flehend an, und als sie es ihm versprochen hatten, ging er schweigend nach oben. — — — — —

Als Johann Heynen am andern Morgen in der Früh nach der Bahn ging, heulte und tobte der Sturm noch schlimmer, der Regen goß in Strömen, und dem Alten war, als ging er in den Tod. Der graue Trübsinn der Welt schien ihm ins Endlose zu wachsen, je weiter ihn der Zug durch die Lande führte. Immer hing das Regengrau vor den kleinen Zugfensterchen, heulte der Sturm sein Lied und mit ihm mischte sich das Klappern und Rattern des Bummelzuges. Scheu saß Johann Heynen in der Ecke eines Abteils vierter Klasse und wandte seinen Blick nicht von den Fenstern fort; er schien zu fürchten, das graue Elend werde einmal hereinfließen und ihn wie gurgelndes Wasser überfluten — —

Das Häusermeer der Großstadt erschien ihm wie ein kaltes Grab, das seinen ganzen Lebensmut verschlang. Als er sich durch die regendüsteren Straßen Elberfelds zum Landgericht durchgefragt hatte und das graue unfreundliche Gebäude an der Wupperbrücke vor ihm auftauchte, erstarrte ihm fast das Herz von der eisigen Kälte, die ihm da entgegenschlug. Er wagte sich nicht hinein, ging langsam im Regen auf dem Bürgersteig hin und her und wurde ganz durchnäßt.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Februar.

Gemäß dem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses vertagt das Haus die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens des sozialdemokratischen Abg. Hörsing wegen Beleidigung. — Es folgt die Wahl von 4 Schriftführern. Das Ergebnis der Wahl wird später bekannt gegeben.

Das Haus setzt die Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums fort.

Abg. Leopold (Deutschnatl.)

hält die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die beste Aufgabe, um an das Problem der herrschenden Arbeitslosigkeit heranzugehen. Wenn die Arbeitsleistung zurückgegangen ist, so liegt das an der überstürzten Einführung des Achtstundentages. Der Rückgang der Kohlenförderung redet hier eine deutliche Sprache. Bei der Landwirtschaft ist ein wesentlicher Rückgang der Produktion zu verzeichnen, ebenso bei der Bautätigkeit. Was man seinerzeit als siegreiches Ergebnis der achtstündigen Arbeitszeit pries, die Gewähr für eine körperliche Erholung und die Möglichkeit der geistigen Weiterbildung der Arbeiter, hat sich als undurchführbar erwiesen. Bedauerlich ist die Entschließung der Ruhrbergarbeiter, sich nunmehr unter dem Druck der Ententeforderungen der Verlängerung des Ueberschichtenabkommens zu entziehen. Eine allmähliche u. stärkere Steigerung der Mieten wird nicht zu umgehen sein. Die Stetigkeit der Valuta wird sich erst erreichen lassen, wenn die Löhne und Gehälter das Verhältnis zum Verbrauch angenommen haben, wie vor dem Kriege. Die Liebesgaben für die Siedlungsgesellschaften müssen weiter ausgedehnt werden, wenn nicht die schon vielfach eingestellte Bautätigkeit einschlafen soll. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung können wir nicht billigen, denn wir wollen die Arbeiter wieder zur Arbeit erziehen. Deshalb sind wir für die Art der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Arbeiter, die alle Augenblicke ihre Stellung wechseln, müssen daran gesetzlich gehindert werden. Das neue Arbeitsvermittelungsgesetz muß auch die gleichmäßige Fortentwicklung der Arbeiter garantieren. Die Vertreter der Arbeitnehmer müssen einen geistigen Ausschuß bilden, der sich über den Stand der Lohnfragen von großen Gesichtspunkten allgemein informieren muß, und nicht die betreffenden Einzelfragen für sich allein behandeln. Die Schlichtungsordnung muß so ausgebaut werden, daß Vorfälle, wie sie im Berliner und Mansfelder Elektrizitätsstreik vorgekommen sind, unmöglich gemacht werden.

Abg. Andre (Zentr.):

Die Million Tote, die 3 Millionen Kriegsbeschädigte sind der Grund für den Rückgang der Arbeitsleistungen. Dazu kommen die Gebietsverluste in Ost und West, und der Verlust unserer Kolonien, sowie das Fehlen von Rohstoffen. Leider sind die Grundlagen für die Lohntarife noch nicht überall einwandfrei. Der Hauptmangel liegt darin, daß die Qualitätsarbeit nicht genügend gewürdigt wird. Daß die Bergarbeiter bei ihrem schweren Beruf eine bessere Bezahlung erhalten, das ist für uns selbstverständlich. Wir hoffen, daß ein neues Abkommen zustandekommt, daß eine höhere Produktionsförderung auch für die Zukunft gesichert ist. Auch wir sind für eine Neuregelung der Arbeitsversicherung. Die produktive Erwerbslosenfürsorge soll keine Prämie für die Arbeitsunlust sein, sondern Mittel und Wege zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit evtl. auch ein Wechsel des Berufes. Die Mittel die bislang für Notstandsarbeiten aufgewendet wurden, sind natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Erwerbslosen müssen aus den Städten aufs freie Land gebracht werden. Wollen sie das nicht, so muß die Unterstützung einfach aufhören. Im übrigen stehen wir nach wie vor auf dem Boden der Reichsarbeitsunterstützung. Bei dem geplanten Arbeitsnachweis dürfen nur die besten Kräfte in den Dienst gestellt werden. Die Freizügigkeit der Arbeiterschaft muß wieder hergestellt werden. Wenn es nicht gelingt, die Bautätigkeit zu beleben, werden zahlreiche Existenzen mit untergehen müssen. Die Gemeinden sollen zur Lieferung von Bauhölzern energisch angehalten werden. Die Vereinigung der Angestelltenversicherung mit der Reichsversicherungsordnung ist notwendig. In das neue Arbeitsgericht müssen die Frauen gleichberechtigt mit den Männern gewählt werden.

Abg. Moldenhauer (Deutsche Volksp.):

Der sozialen Forderung auf Umgestaltung der sozialen Versicherung können wir nicht zustimmen. Wir wollen an dem Grundsatz festhalten, daß die Versicherten selbst mit den Arbeitnehmern die Mittel aufbringen. Wir begrüßen die geplante Aenderung der Drittelungsgrenze der Unfallordnung. Die Neuordnung des Heilverfahrens muß beschleunigt werden. Bei der Reform des Arbeitsnachweises ist es nicht angängig, die Arbeitsvermittlung durch die Zeitungen einfach zu verbieten. Die Wohnungsnot kann nur überwunden werden, wenn wir auch auf diesem Gebiete zur freien Wirtschaft kommen. Tarifverträge seien soziale Forderungen nur dann, wenn sie langfristiger geschlossen werden als jetzt und wenn sie vor allem beide Teile befriedigen, und wenn die vielen Streiks aufhören. Eine Lösung wird nur dadurch zu erreichen sein, daß die Gewerkschaften mit äußerster Strenge gegen jeden Tarifbruch vorgehen und jede Unterstützung von wilden Streiks vermeiden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Und die Arbeitgeber?") Das Streikrecht muß seine Grenzen finden bei landwirtschaftlichen Betrieben. Die Arbeitnehmer müssen in Wahrung ihrer Freiheiten gegen jeden Druck der Organisation der Arbeitnehmer geschützt werden.

Präsident Bell teilt das Ergebnis der Schriftführerwahl mit. Es sind gewählt die Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.), Nacken (Ztr.), Gräf-Thüringen (Deutschnatl.) und Ehrreter (Deutsche Volksp.)

Abg. Simon (USP.):

Die Not der Rentner schreit nach Hilfe. Der Wohnungsnot muß schleunigst gesteuert werden. Die Deutschnationalen bekämpfen den Achtstundentag und auch das Reichswirtschaftsministerium macht schon Andeutungen dieser Art. Diese Pläne sind ungeheuerlicher als eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die Arbeitsnachweise können ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie paritätisch verwaltet werden und die privaten Arbeitsvermittlungen gänzlich verschwinden. Die Bedingung, daß die Erwerbslosenunterstützung nach 26 Monaten erlischt, muß sofort aufgehoben werden. Wir verlangen in einer Entschließung der Arbeiter und Angestellten das Recht auf Urlaub unter Fortbezug der Entlöhnung. Die Betriebsunfälle werden dadurch vermehrt, daß die Unternehmer, die während des Krieges angestellten weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte an gefährlichen Maschinen nicht durch männliche Arbeiter ersetzen wollen. An die Tarifverträge sind leider die Unternehmer noch nicht gebunden. Wir brauchen dazu gesetzliche Bestimmungen. Meine Fraktion lehnt das Mietsteuergesetz ab, weil es die minderbemittelte Bevölkerung stärker belastet wie die übrigen und weil es die Sozialisierung des Wohnungswesens verrammelt. Wir sehen die Lösung der Wohnungsfrage nur in der Sozialisierung des Wohnungswesens. Wenn die Ernährungslage und der Gesundheitszustand der Arbeiter sich immer mehr verschlechtert, dann kann man es den Arbeitern nicht verübeln, daß sie das Ueberschichtenabkommen kündigen.

Abg. Schneider (Dem.):

Das große Problem der Gegenwart ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen und die Behebung der Wohnungsnot. Die Förderung von Wohnungsbauten, die Vollendung der Kanalpläne verdient unter diesen Umständen in erster Linie Beachtung. Es sind au choiele Gewerbetreibende in Arbeitslosigkeit geraten. Für diese muß etwas getan werden. Die Anregung, die geplanten Arbeitsgerichte den Amtsgerichten anzugliedern, hatten wir für zweckmäßig. Die Kirche ist wie keine andere Institution dazu berufen, die Gemeinschaft zu fördern, und das ist es, was wir vorerst brauchen.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 1 Uhr.

* * *

Der Nationaltrauertag

Berlin, 24. Februar.

Bekanntlich war im Einverständnis der Reichsregierung mit den Regierungsparteien beabsichtigt, den 6. März als nationalen Gedenktag für die im Kriege Gefallenen festzusetzen. Es haben in diesen Tagen neuerdings Besprechungen zwischen den Parteien mit den Vertretern der Reichsregierung stattgefunden. Da in der Zwischenzeit neue Gesichtspunkte geltend gemacht worden sind, die gegen die Wahl des 6. März sprechen, sowohl aus sachlichen wie aus politischen Gründen, hat man sich entschlossen, davon Abstand zu nehmen, den Nationaltrauertag am 6. März zu begehen. Damit ist natürlich der Gedanke an sich noch nicht fallen gelassen. Ob es in diesem Jahre noch zu der Abhaltung des Trauertages kommt, ist allerdings zweifelhaft.

Oberschlesien

Passierscheine für Oberschlesier

* **Breslau, 24. Februar.**

Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier teilen mit: Die Interalliierte Kommission ersetzt auf Antrag Passierscheine von gewissen Stimmberechtigten der Kategorien A und C. De Passierscheine haben den Zweck, die wegen Abwesenheit von Oberschlesien nicht empfangenen Legitimationskarten zu ersetzen und für die Einreise nach Oberschlesien und als Wahlkarte zu dienen. Diese Passierscheine müssen beantragt werden: 1. von Stimmberechtigten der Kategorien A und C, die aus dem Abstimmungsgebiet nach dem 1. Oktober 1920 verzogen sind. 2. von Stimmberechtigten der Kategorie A, die ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hatten, sich aber vorübergehend außerhalb des Abstimmungsgebiet aufhielten. Für diese letzteren ist es ohne Belang, zu welchem Zeitpunkt sie sich außerhalb des Abstimmungsgebiets aufhielten, es gehören hierzu z. B. Studenten, die zur Universität zogen, Geschäftsreisende, junge Kaufleute, die die Handelsschule besuchten, junge Mädchen, die in Pensionate oder Familien an fremden Orten eingetreten sind, Saisonarbeiter u. a. m. Der Antrag auf Uebersendung dieser Passierscheine muß sofort auf vorgeschriebenen Formularen, wie sie auf allen Ortsgruppen der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier zur Verfügung stehen, gestellt werden.

Der Wasserturm-Prozeß

f. **Essen, 24. Februar.** (Eig. Drahtb.)

Der heutige Verhandlungstag stand im Zeichen der Ueberraschung. Tagelang hat sich die Verhandlung um die wichtige Frage gedreht: Ist von dem Augenblick an, als die weiße Flagge gehißt wurde, aus dem Wasserturm heraus noch geschossen worden oder nicht? In den letzten Verhandlungstagen waren auf Grund verschiedener Zeugenaussagen Zweifel nach dieser Richtung hin aufgetaucht, und diese Zweifel haben dann zur Ladung sämtlicher Bewohner aus der unmittelbaren Nähe des Wasserturms geführt. Die Vernehmung dieser Zeugen ist für die nächsten Tage zu erwarten. Nunmehr ist in elfter Stunde ein Zeuge ausfindig gemacht worden, der diesen Zweifel einwandfrei beseitigt, und der auch sonst plötzlich Licht und Aufklärung in mancherlei wichtige, bislang zweifelhaft gebliebene Vorgänge am Wasserturm gebracht hat. Dieser Zeuge ist einer der wichtigsten bislang vernommenen Tatzeugen. Er hat die schrecklichen Vorgänge aus unmittelbarer Nähe beobachtet und ohne allen Zweifel festgestellt, daß noch längere Zeit nach dem Hissen der weißen Flagge auf dem Wasserturm Handgranaten von den Rotgardisten geworfen, und daß sogar auch noch Maschinengewehrfeuer abgegeben worden ist. Aus dem Wasserturm heraus sei kein Feuer mehr abgegeben worden. Dieser Zeuge ist der Bergpraktikant Richard Sommer aus der Wörthstraße.

Die Verhandlung wurde sofort nach der Eröffnung mit diesen neuen Feststellungen eingeleitet. Der Zeuge schildert die Umstände, unter denen er Zeuge des Gemetzels geworden ist und sagt: Da die ganze Umgegend unter Feuer stand, konnte ich meine Wohnung nicht mehr erreichen. Ich traf mit einem Maschinengewehrführer der Rotgardisten zusammen, der in der Nähe an einer Straßenecke ein Maschinengewehr bediente. Plötzlich sah ich während der Unterhaltung, wie neben dem Eingang zum Wasserturm die weiße Fahne herauskommt. Ich mache den Maschinengewehrführer darauf aufmerksam und fordere ihn auf, das Feuer einzustellen. Der Führer antwortet mir: „Das wird wohl eine Finte sein. Erst hissen sie die weiße Flagge und dann schießen sie." Ich laufe dann zum Wasserturm und gehe durch das Torgitter hindurch die Aufgangstreppe hinauf, und zwar als einer der ersten. Etwa fünf oder sechs Rotgardisten waren vor mir. Als ich auf der Treppe stand, war die Tür zum Wasserturm noch geschlossen. In diesem Augenblick beobachtete ich, wie noch Handgranaten von der Straße her gegen den Wasserturm geschleudert wurden. Eine dieser Granaten wurde gegen das Fenster geschleudert, aus dem die weiße Fahne gehißt worden war. Zu gleicher Zeit wurde aus der Richtung vom Friedhofe Maschinengewehrfeuer gegen die linke Seite des Wasserturmes abgegeben, so daß das Mauerwerk absprang. Einer von den Rotgardisten, die neben mir auf der Treppe standen, rief: Die ganze Besatzung herauskommen! In dem Augenblick, als die Handgranaten gegen den Wasserturm geworfen wurden, sprangen plötzlich die Rotgardisten zurück und sagten: Es wird noch geschossen. Alles das war das Werk weniger Minuten. Auf einmal war man auf der Treppe auf mich aufmerksam geworden, da schrie man mich an, ich gehöre nicht zu ihnen, und jagte mich mit dem Kolben fort. Ich lief dann zu dem Gittertor und beobachtete die weiteren Vorgänge. Der erste, der nun aus dem Wasserturm herauskam, erhielt sofort einen Kolbenschlag auf den Kopf, so daß er niederstürzte. Der Kopf hing die Treppenstufen herunter. Nun schlugen die Rotgardisten weiter mit dem Gewehrkolben auf ihn ein. Der zweite oder dritte, der aus dem Turm herauskam, schlug mit den Händen um sich und bahnte sich eine Gasse. Er war nur mit Hemd und Hose bekleidet. Auf der Treppe hatten die Rotgardisten inzwischen Spalier gebildet und ließen die herausgekommenen Verteidiger Spießruten laufen. Dann wurden sie einer nach dem anderen niedergeschossen und die Treppe heruntergeworfen. In diesem Spalier sah ich auch den Angeklagten Krüger stehen mit Gewehr und roter Binde. Er wohnt in meiner Nachbarschaft, und ich kenne ihn mit aller Bestimmtheit wieder. Der Zeuge schildert dann den weiteren Hergang der Metzelei und fährt fort: Als ich, in einiger Entfernung stehend, das Morden nicht mehr ansehen konnte, ging ich fort. Da sah ich auf der Straße einen Verwundeten. Er lag im Sterben und bäumte sich im letzten Todeskampfe mehrmals auf. In diesem Augenblick kam ein Rotgardist an ihn heran, setzte ihm das Gewehr auf die Brust und erschoß ihn. Dann ging ich zu dem nächsten Maschinengewehr der Rotgardisten. Ich äußerte dem Führer gegenüber meinen Abscheu über die Vorgänge, worauf dieser erwiderte, es sei nun einmal beschlossen worden, die gesamte Besatzung des Wasserturms niederzumetzeln.

Im Anschluß an die Bekundungen des Zeugen, die unter außerordentlich lebhafter Spannung vorgetragen wurden, kam es zu einem heftigen Kreuzfeuer seitens der Verteidigung, namentlich hinsichtlich der Bekundung des Zeugen, daß der Angeklagte Krüger mit aller Bestimmtheit an der Metzelei beteiligt gewesen ist. Der Zeuge bleibt aber dennoch mit aller Bestimmtheit bei seinen ursprünglichen Aussagen.

Es werden dann noch verschiedene Zeugen vernommen, die wesentliches nicht bekunedn, worauf die Weiterverhandlung auf morgen vertagt wird.

Der Kasseler Kommunisten-Prozeß

hk. **Kassel, 24. Februar.** (Eig. Drahtb.)

Die Vernehmung des Angeklagten Klinkmüller wurde heute fortgesetzt. Unter den bei ihm beschlagnahmten Schriftstücken befindet sich wiederum eine Anzahl Quittungen und eine Liste von Personen, die zur Verhaftung bezeichnet worden waren. Darunter befinden sich auch die Namen von Richtern, Staatsanwälten und Zeugen aus dem Düsseldorfer Kommunistenprozeß. Klinkmüller erklärt, er habe diese Liste nicht aufgestellt. Auf die Frage des Vorsitzenden, wer denn die Liste aufgestellt habe, erwidert der Angeklagte, ob man ihm denn so wenig Intelligenz zutraue, daß man glaube, er habe solchen Blödsinn geschrieben. Die Kommunisten bekämpften nur das System, nicht die Personen. Der Vorsitzende, die Verteidigung und der Staatsanwalt haben Briefe ohne Unterschrift bekommen. In dem Schreiben, das dem Staatsanwalt zugegangen ist, heißt es, er könne sein Testament machen. Diesen anonymen Briefen wird jedoch keine Bedeutung beigemessen. Unter dem bei Klinkmüller vorgefundenen Material befindet sich auch eine Stelle, die Klinkmüller als den Leiter der MOL. (Militärische Oberleitung) bezeichnet. Der Angeklagte stellt dies entschieden in Abrede. Als er wegen des in seiner Kiste angeblich gefundenen „Aufmarschplanes der Orgesch gegen Frankreich" gefragt wird, stellt er den Antrag, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht verkündet nach längerer Beratung als Beschluß:

Der Antrag Klinkmüller auf Ausschluß der Oeffentlichkeit wird abgelehnt. Würde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, dann würde dem Gericht über das angebliche Material gegen Frankreich neuer Boden gewährt. Das Gericht ist aber der festen Ueberzeugung, daß daran nichts Wahres ist. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit würde einen erheblich schädigenden Einfluß auf das Ansehen Deutschlands der Entente gegenüber ausüben.

Ferner soll ein Gutachten über die Echtheit der Unterschrift Klinkmüllers als Leiter der MOL. eingeholt werden.

Staatsanwalt: Wie sind Sie politisch tätig gewesen, Klinkmüller?

Angeklagter: Als Referent und Parteifunktionär, bei der Abwehrorganisation war ich Bezirksführer.

Staatsanwalt: Stand Ihre politische Betätigung in keiner Verbindung mit ihrer militärischen bei der MOL.? Sollten MOL. und Parteileitung wirklich nichts voneinander gewußt haben?

Angeklagter: Gewiß wußten sie voneinander. Ich gehörte der VKPD. erst nach der Verschmelzung an. — Klinkmüller bestreitet weiter die Auffassung des Staatsanwaltes, daß die USPD. doch auch schon vorher geistig und materiell der KPD. angehört habe. Die Parteileitung der KPD. habe eine militärische Organisation oft genug deutlich abgelehnt. Von einflußreichen Parteiführern sei er gerade dazu bestimmt worden, zu überwachen, daß diese Bestrebungen möglichst unterbunden werden sollten. Er sei in der militärischen Propaganda nicht tätig gewesen, nur im Nachrichtendienst.

Auf abermaligen Vorhalt des Staatsanwaltes, daß die USP. auch schon vor der Verschmelzung kommunistisch gedacht habe, bemerkt der Angeklagte, er verstehe es, wenn der Staatsanwalt das schlecht auseinanderhalten könne. Damals wäre absolut noch kein einheitlicher Gedanke zwischen USP. und KPD. möglich gewesen. Erst nach schweren, gegenseitigen Reibereien sei mühsam eine gemeinsame Ansicht herauskristallisiert worden.

Als der Staatsanwalt dann ein Flugblatt verlesen haben will, das gerade im Ruhrgebiet und in Westfalen viel verbreitet worden sei, und womit er beweisen will, daß sowohl die Partei wie die angeblichen Abwehrorganisationen zersetzend auf die Reichswehr einwirken sollten, genau wie die „Rote Fahne", widerspricht der Verteidiger Seckel. Der Verteidiger bestreitet auch, daß Schroer zugegeben habe, ein solches Flugblatt verteilt zu haben. Die betreffende richterliche Vernehmung sei mindestens zweideutig. Schroer habe nur, wie er auch in der Hauptverhandlung aussagte, französische und englische Flugblätter verteilt. Wenn auch das Flugblatt „Die deutschen Kommunisten" unterzeichnet sei, so gehe es bestimmt nicht von der Kommunistischen Partei aus, sondern sei entweder Spitzelarbeit, oder die Arbeit der zahlreichen extremen Gruppen.

Das Gericht beschließt, vorläufig von der Verlesung Abstand zu nehmen. Die Verteidigung bemerkt, daß sie nicht die Ansicht des Angeklagten teile über den Ausschluß der Oeffentlichkeit und bittet diesen um genauere Auskunft über das verschiedene „Orgesch-Material gegen Frankreich". Klinkmüller teilt darüber u. a. mit, es sei mit einem Stempel des Wehrkreiskommandos 2 versehen gewesen und handschriftlich abgefaßt und unterzeichnet gewesen. Das Material datiere etwa vom November 1920 und sei ihm durch einen Spitzel der Spitzelzentrale Münster zugegangen. Es sei zum Teil als „Streng geheim" bezeichnet.

Der Vorsitzende faßt dann das Ergebnis über das Material gegen Frankreich dahin zusammen: Es sollte ja nur dazu dienen, den guten Glauben des Angeklagten zu beweisen, daß eine Gegenorganisation gegen Verbände von rechts nötig gewesen sei.

Der Staatsanwalt weist noch darauf hin, daß er etwa 20 Redakteure vernommen und sie befragt habe, von wem sie das Material gegen die Orgesch hätten. Keiner habe aber bekennen wollen. Das sei ja gerade der Krebsschaden in unserem Volke.

Damit ist die Vernehmung Klinkmüllers beendet.

Der Haftbefehl gegen Küster wurde daraufhin aufgehoben und die Verhandlung auf Freitag vormittag vertagt.

Vermischtes

Erdbeben in China.

* **London, 24. Februar.** Bei der Chinesischen Auslandsmission sind Meldungen eingetroffen über ein Erdbeben, das sich in Nordwest-China ereignete. Die Provinz Kaesu soll hierunter am meisten gelitten haben. Bei dem Erdbeben sind 40 000 Quadratmeilen in vier Provinzen von der Verwüstung betroffen worden. In einzelnen Orten wurde die Hälfte sämtlicher Häuser zerstört. Man nimmt an, daß viele Tausende von Personen den Tod gefunden haben.

Preßgesetzlich verantwortlich:
für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil der Hauptschriftleiter Heinrich Dietz; für die Rubrik „Westfälische Heimat" Peter Werland; für Anzeigen W. Grub, sämtlich in Münster.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

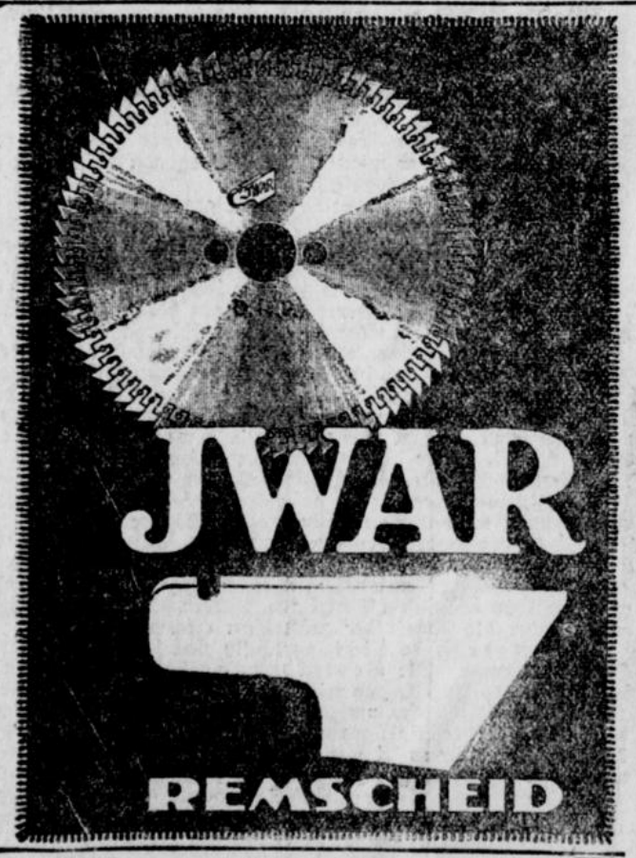
Der Frühling naht — Denkt an die Saat!
Wer Gewicht auf
sortenechte und hochkeimfähige **Sämereien**
legt, der kauft nur bei der Samengroßhandlung
Recker & Co.
Josefskirchplatz 1 Te'efon 2977
Telegramm-Adresse: Reckersamen.

Elektromotoren-Reparaturwerkstatt,
Ankerwickelei.
Neu- u. Umwickelung von Gleich- u. Drehstrommotoren.
Hülsbömer & Weischer
Fernruf 2430. Münster i. W. Neubrückenstr. 19

J.A.Topf&Söhne,Erfurt
Topf
Durch Verbesserung
Ihrer Dampfkesselanlagen
deren Untersuchung durch unsere
Fachingenieure kostenlos erfolgt, erzielen Sie
Erhöhung der Dampfleistung und
Kohlen-Ersparnisse



Photo-Artikel
Ausführung sämtlicher
Photo-Arbeiten bei
J. Diehoff, Dipl.-Optiker,
Münster i.W., Ludgerisir.112



Spezialität:
Sämtl. Zangen
für: Hufbeschlag,
Telegraphenbau und
Elektrotechnik.
Reinh. Lüdorf
Werkzeugfabrik
Remscheid
Fernsprecher 196
Telegramm-Adresse:
Reinh. Lüdorf, Remscheid.





Kohlen
Ueberland-Nuß- und Stückkohlen, Anthrazitkohlen und Koks in nur bester Qualität.
Kurz geschnittenes **Brennholz** zum Heizen, dto. fein gespaltenes zum Anmachen.
Ia. trockenen **schw. Torf,** zum Heizen für Küchenherde, Ofen u. Zentralheizungen p. p., guten, trockenen **hellen Torf** zum Anmachen und Durchheizen
liefert prompt
bei **billigster** Berechnung
die Firma:
H. Gourcy
Warendorferstr. 185. Telefon 230

J. N. Joka
Münster i. Westf.
Bohlweg 97.
Säge- u. Mahlmühle m. Dampfbetrieb
Holzhandlung und Tischlerei.
empfiehlt
Eichen- und Buchen-Schnittmaterial.
Eichen- und Pappeln-Fournier.

Wer
von Anmietern nicht überlaufen, sondern nur geeignete Mieter zugewiesen haben will, der melde seine zu vermietenden Räumlichkeiten, Ladenlokale, Bureauräume, Wohnungen und Zimmer sofort kostenlos an.
Miet-Sensale
Bogenstraße 19 III.
Telephon 1455.

Pferdehaare Schweinehaare
kauft laufend auch in kleinen Mengen zu hohen Preisen
G. A. Heidacker,
Bürstenfabrik
Geiststraße 76/78,
Aegidiistraße 38.

Schlackensteine
im deutschen Normalformate den besten Ziegelsteinen erster Klasse vollkommen gleichwertig, liefert sofort
Heinrich Dallhoff,
Hiltrup Telefon 2

Kräße
lästiges Hautjucken entfernt in wenigen Tagen meine
Krätzensalbe
1 Dosis Mk. 12.—
(ausreichend)
Apotheke von
Lühmann,
Wanfried a. d. Werra
W. 4.

Stadt-Theater
Münster i. W.
Samstag, den 26. Febr., abends 7½ Uhr:
Schauspielpreise.
„Alt Heidelberg"
Schauspiel in 5 Akten v. Wilhelm Meyer-Förster.

Putzfrau
zum Reinigen unserer Geschäftsräume sofort gesucht.
Bispinghof 12a

Grundstück mit Geschäft
oder für Geschäft pass. bei guter Anzahlung
zu kaufen gesucht.
Ausf. Angeb. unt. E. 162 „Stella" Ann.-Exp. Hannover, Eckerstr. 15.

An- u. Verkauf
von gebrauchten
Möbeln
Möbelhandlung
Theodor Schöppner,
Telefon 1769.
Katthagen 8—9.

Gramophon
möglichst mit Platten, zu kaufen gesucht.
Offerten unter 1003 an die Exped. dies. Blattes.

Reisekoffer
(Rohrplattenkoffer)
zu kaufen gesucht.
Offerte Nr. 1001 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Autofahrten
Fernruf 3018
Brinkrolf

Münster in Westfalen, Festsaal Schützenhof.
Die große deutsche Volkspassion
(Das alte Oberammergauer Passionsspiel)
unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der rühmlichst bekannten Christus- und Judasdarsteller Adolf und Georg Faßnacht aus Bayern, sowie Mitwirkung hervorragender Passionsdarsteller.
400 Mitwirkende! Auf eigens dazu erbauter 400 Mitwirkende!
Massenchöre! großer Festspielbühne. Orgelbegleitung!
Sologesänge: Direktor Adolf Faßnacht, Oratoriensänger (Tenor).
Spieltage: 6.—20. März 1921 jeden Abend 7½ Uhr, außerdem am 6., 9., 12., 13., 16., 19. und 20. März 1921 auch nachmittags 2½ Uhr.
Preise der Plätze: 6.—, 8.—, 10.—, 15.—, 20.—, 25.—, und 30.— Mark ausschließlich der Städt. Billetsteuer.
Vorverkauf der Eintrittskarten im Zigarrenhaus W. Fincke, Drubbel 20 und Hammerstraße 63. Kasseneröffnung eine Stunde vor Beginn der Festspiele. Nach Schluß der Nachmittagsvorstellungen Anschluß der Züge nach allen Richtungen.
Geschäftsstelle der Volkspassion Schützenhofsaal Münster i. Westf.



Habe wieder mehrere gebrauchte
Halbverdecks
mit Klappbock (Selbstfahrer),
wie auch
Sommerwagen, Dogcarts, Tonneau-Dogcarts, Gigs und Milchkarren
billigst abzugeben.
In neuen Wagen große Auswahl
in der üblichen bekannten und solidesten Ausführung
Peitschen, Laternen, Zubehörteile für Patent-Achsen, stets vorrätig.
Heinrich Röer
Wagenfabrik und Karosseriebau.
Münster i. W. Bremerstr. 42—56
Telegramm-Adresse: Wagenröer. Telephon 3251

August Hundehege
Münster i. W., Kerssenbrockstraße 7.
Werkstatt für dekorative Malerei ◆ Ausführung von Maler-, Glaser- und Anstreicher-Arbeiten.
Fernruf 654. Fernruf 654.

Gebrauchter runder
Mantelstock mit Schirmständer
zu kaufen gesucht.
Näheres Expedition Bispinghof 12a.

Gewandte
Stenotypistin,
die sich auch für leichtere Büroarbeiten eignet, in angenehme Stellung
zu bald oder 1. April gesucht.
Offerten mit Zeugnisabschrift und Gehaltsforderungen unter 1459 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

RT.
ROLANDTHEATER
Spielplan von Freitag bis Montag einschl.
Bruno Kastner
in seinem hervorragendsten und gewaltigsten Sensations- u. Liebesroman, den der beliebte Darsteller während seiner Künstlerlaufbahn herausbrachte.
Betitelt
Der König von Paris
I. Teil.
Nach dem gleichnamigen und hochinteressanten Pariser Roman „Der König von Paris". Einer der größten Abenteurer des modernen Lebens.
Wir empfehlen dringend den Besuch des I. Teils: „Der König von Paris". Bruno Kastner wird im II. Teil persönlich anwesend sein.
Außerdem wirken mit die beliebten Künstler:
Olga Limburg, Franz Schönfeld.
Sein letzter Trick
Detektivfilm in 5 Akten.
In der Hauptrolle: Heinrich Peer.
Ein famoser aufregender Detektivfilm, in dem Heinrich Peer als Detektiv Jack Hull hervorragendes leistet.
Außerdem die neueste
Meßterwoche.
Beginn: Wochentags 3 Uhr, Sonntags 2½ Uhr, weitere Vorstellungen 5 u. 8 Uhr

Heute
Rinderfett
Pfund 9.25 Mk.
Heinrich Hill.

Beleuchtungskörper.
Installationen
in Gas, Wasser und Elektrizität
Reparaturen und Neuanlagen
Wellert, Münster i. W.
Aegidiistraße 37 — An den Mühlen 9.
Fernruf 2273.

Ibach
Flügel u. Pianos
Heinr. Niemann
Münster i. W.
Rothenburg 22. Fernruf 551.

Totenbriefe, Totenzettel liefert schnellstens **Buchdruckerei Joseph Krick**
Bispinghof 12a

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Münster,
26. Februar 1921

Westfälische Heimat

Beilage
der „Westfälischen
Tageszeitung"

Westfalens Hauptstadt.

Münster, den 26. Februar.

Postbeamtenschaft und Schmuggel.

Im Dezember 1920 ging die Aeußerung eines Kommissars des Reichsfinanzministeriums durch die Presse, daß die Postbeamtenschaft sich „in ganz schamloser Weise" und „in ganz ungeheuerlichem Umfang" gegen Bestechungsgelder an dem Schmuggelunwesen beteilige. Das Reichspostministerium, dem von der ganzen Sache nichts bekannt war, hatte sofort eine Untersuchung eingeleitet. Hierbei haben sich die schweren Vorwürfe durchweg als völlig haltlos erwiesen, von denen nichts übrig geblieben ist, als der üble Nachgeschmack recht eigenartiger Sachlichkeit des Vertreters einer höchsten Reichsbehörde. Es sind lediglich einige Fälle — die der Vertreter des Reichsfinanzministeriums nicht einmal erwähnt hat — im OPD.-Bezirk Düsseldorf festgestellt worden, in denen es sich um so lächerlich kleine Mengen (im Höchstfall um 2,15 Kilogramm Tabak und 1000 Zigaretten) handelt, daß sie nicht wert sind, der Oeffentlichkeit preisgegeben zu werden. In Cleve sollte eine Reihe Postbeamten wegen Schmuggels festgenommen sein; es ist jedoch festgestellt, daß es sich hierbei um zwei Schmuggler handelt, die sich als Postbeamte ausgaben, jedoch leider vor Feststellung ihrer Personalien entwichen. Schließlich lief das Gerücht, „die Mehrzahl der unteren Postbeamten in Emmerich beteilige sich aktiv im Dienste und außerhalb des Dienstes am Schmuggeln. Auch hierfür konnte trotz eifrigster Nachforschungen nicht eine einzige Unterlage beschafft werden. lt.

Verkehrspolitik und Wirtschaftsleben.

Im soeben erschienenen zweiten Februarheft der „Deutschen Handels-Warte" schreibt der bekannte Vorkämpfer der Verkehrsvereinheitlichung, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Hermann Kirchhoff zu dieser wichtigen Frage u. a.:

Deutschland, zurzeit von 168 Ministern und 3000 Parlamentariern regiert, wird als großer Industriestaat mit diesem übergroßen Regierungsapparat auf die Dauer schwerlich bestehen können. Aehnlich liegt es auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir nehmen, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Notenpresse als provisorisches Deckungsmittel für alle sonst nicht zu deckenden Verpflichtungen zunächst einmal in Anspruch, wiewohl dies einer endgültigen Neuordnung der Finanzen unheilvoll im Wege steht. Auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens vollzieht sich jetzt ein gleicher Prozeß. Auch hier gilt jetzt provisorisch die Erhöhung der Tarife als das Allheilmittel. Wie die Verhältnisse im Allgemeinen und bei den Eisenbahnen insbesondere sich weiter gestaltet haben, wird es immer schwieriger, die offene Wunde zur Heilung zu bringen, im Gegenteil, sie wird größer gerissen. Milliarden, die sich durch eine rechtzeitige systematische Neuordnung des Verkehrswesens hätten ersparen lassen, sind nun ein Tropfen auf einen heißen Stein. Der Zug der Zeit geht daher jetzt auf eine wüste Tariferhöhung als Betäubung gegen alle Defizitschmerzen. Mit der inneren Heilung kommen wir nicht recht voran. Was uns not tut, ist die Schaffung eines unabhängigen Forums, vor dem die Neuordnung des Verkehrswesens erschöpfend behandelt wird. Selbst, wenn sich diese erst nach Jahren verwirklichen läßt, müßte sie doch schon jetzt sorgfältig vorbereitet und durch die Auswahl der besten dazu geeigneten homogenen Fachmänner sichergestellt werden. Alles muß darangesetzt werden, daß die Neuordnung aus einem Guß geschaffen wird.

* **Der Verkehr im Hafen.** Der Schiffseingang der Woche vom 14. 2. — 19. 2. 21 bestand in 15 Kähnen mit 70 (140) Tonnen Bruchsteinen, 1664 (148) Tonnen Kohlen, 503 (365) Tonnen Koks, 1451 (1110) Tonnen Weizen, 524 (0) Tonnen Gerste, 389 (855) Tonnen Roggen und 2 Schiffe leer. Der Schiffsausgang betrug 9 leere Kähne. Der eine städtische Kran im Stadthafen war an 4 Tagen beschäftigt. Die beiden Kräne auf dem Südkai liefen an je 3 Tagen, die Elevatoren waren sämtlich, wenn auch nicht an allen Tagen der Woche, beschäftigt. Am Freitag wurde im Stadthafen ein Schiff für eine Zementladung nach Holland vorgelegt. — In Petershafen arbeitete ein Elevator die ganze Woche. — Die Schleuse Münster wurde in der Woche vom 14. — 20. 2. durchfahren: Richtung Süden: (Herne—Ruhrort—Rhein): 44 (36) Schleppzüge mit 74 (63) leeren Kähnen und 56 (45) beladenen Kähnen, zusammen 130 (108) Kähne. Gesamtladung 26 300 (21 000) Tonnen. Richtung Norden (Bergeshövede — Emden — Weser—Hannover): 37 (46) Schleppzüge mit 125 (142) beladenen Kähnen, Gesamtladung 58 300 (73 500) Tonnen.

gf **Im Lortzingsaal** bereitete den nicht gerade sehr zahlreich erschienenen Freunden feinster Kammermusik das Sinfoniekonzert gestern abend einen wahren Genuß. Das gesamte kleine Orchester unter Kapellmeister Kuno Stierlins vortrefflicher Leitung führte das Programm (Sinfonie in C Dur von George Onslow und 12 Tonbilder für Streichorchester von Karl Reinecke) in vorzüglicher Weise durch. Besonders die letzten Teile der Reineckeschen Komposition fanden reichen Beifall. Es ist wahrlich schade, daß der Lortzingsaal als gute Pflegestätte feinster Kammermusik so wenig Beachtung findet. Auch hier beweist es sich drastisch, wie wenig Verständnis in Münster der wahren Kunst entgegengebracht wird. Münster scheint wirklich für ewig in seinen nebligen Dämmerzustand versunken zu sein.

* **Zu dem Klavierabend Willy Craney** wird uns mitgeteilt, daß der Künstler dasselbe Programm vor einigen Tagen in Hannover vor ausverkauftem Hause unter nicht endenwollendem Beifall spielte. Der Andrang war so stark, daß noch Plätze auf dem Podium und Stehplätze eingerichtet werden mußten. Es ist sehr zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen und sich diesen Kunstgenuß nicht entgehen zu lassen.

* **Kaufmannsgerichtswahlen.** Am Montag werden von vormittags 11.30 Uhr bis abends 7.30 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal die Neuwahlen der Beisitzer des Kaufmannsgerichts stattfinden.

* **Passionsspiele** sollen hier in der Zeit vom 6.—20. März im Schützenhofsaal auf einer eigens dazu erbauten großen Festspielbühne mit stimmungsvollen Dekorationen in großem Stil gegeben werden. Die Aufführungen werden ohne Zweifel ein Ereignis für Münster und Umgegend werden. Die Gesamtleitung des Spiels ruht in den Händen der bekannten Christus- und Judasdarsteller Adolf und Georg Fastnacht aus Bayern.

* **Sanitätsdienst am Sonntag:** Aerzte: Frl. Dr. M. Moormann, Michaelisplatz 1/2. Dr. Levy, Bahnhofstr. 40. Apotheken: Hansa-Apotheke, Wolbeckerstr. 56, Löwen-Apotheke, Rothenburg 50, Sonnen-Apotheke, Spiekerhof 24.

Mitteilungen des städt. Wirtschaftsausschusses.

An die unter Spalte C der Vollmilchkarte aufgeführten Kinder im 5. und 6. Lebensjahr gelangt ab heute je eine Dose Kondensmilch zum verbilligten Preise von 6 Mk. als Ersatz für fehlende Vollmilch zur Ausgabe. Die Abgabe der Milch ist in der Februarspalte der Milchkarte zu vermerken.

Zwecks schärfster Kontrolle der Uebereinstimmung der Zahl der abgelieferten Zuckerkartenabschnitte mit den eingetragenen Kolonialwarenkunden werden die Inhaber der Kolonialwarengeschäfte aufgefordert, die Zuckerkartenabschnitte der Kolonialwarenkarte, der Lebensmittelzusatzkarten für Kinder, sowie die belieferten Bezugsscheine für Besucher für Februar der Lebensmittelzentrale einzureichen und zwar die Geschäfte mit den Anfangsbuchstaben A—D am Montag, den 28. Februar, E—H am Dienstag, den 1. März, J—M am Mittwoch, den 2. März, N—R am Donnerstag, den 3. März, S—V am Freitag, den 4. März, W—Z am Samstag, den 5. März. Die Zuckerkartenabschnitte sind in Reihen zu 10 Stück getrennt nach Art aufzukleben und die belieferten Bezugsscheine für Besucher unter Angabe der Zahl beizufügen.

Gottesdienst-Ordnung

Sonntag, 27. Februar.

1. Katholische Kirchen.

Dom: 5.30—9 M., 9 Ch., 9.30 H., 11 M. m. Pr., nachm. 3 V., 4 Pr. Im Laufe der Woche: 5.30—8 M., 8.30 Ch., 8.50 K. Amt dar. V., 10 M., nachm. 2 K. Samstag 3 K. Montag morgen 7 Pestmesse, Mittwoch ab. 8 Fastenpredigt u. Segen. Freitag von 6—8 Uhr Herz Jesu Andacht. Samstag morgen gegen 9 Uhr ist ein Requim mit Pontefical Assistent für den verst. Bischof Hermann. Nach dem Requim Absolution.

Herz-Jesu-Kirche: 6, 7, 8 M., 8.45 Schulmesse, 7 Komm. d. Jünglinge, 8 Komm. d. Mädchen d. Oberbergschule. 9.30 H. m. Pr., 11 M. m. Pr., nachm. 2.30 Chr., 7 Fastenandacht m. Pr. Im Laufe der Woche: Ab Dienstag ist bei Schulmesse um 7.20. Freitag 6 Aussetzung, 7.10 H., 5 Herz-Jesu-Andacht, 8 Männer-Verein.

Jesuiten-Kirche: 7.30 M. m. Pr. Im Laufe der Woche tgl. 7.15 M.

2. Evangelische Kirchen.

Alte Kirche: vorm. 10.30 Pastor Dicke.

Erlöser-Kirche: vorm. 9.30 Kons.-Rat Köhler, vorm. 11 Kindergottesdienst, abends 6 Abendgottesdienst, Pastor Schütz (anschl. Beichte und Abendmahl). Mittwoch, 2. März, abends 6 Passionsgottesdienst (anschl. Beichte und Abendmahl) Pastor Dicke.

Drensteinfurt: 9.15 vorm. Gottesdienst im Bahnhofsgebäude, Pastor Burgbacher.

Evang. Militärgemeinde: 9 Uhr Gottesdienst. Militär-Oberpfarrer, Geh. Kons.-Rat Franke.

Verbreitungsbezirk.

m **Ibbenbüren,** 25. Febr. (Eine Versammlung des Schulvorstandes) der Landgemeinde beschloß die Anstellung je einer weiteren Lehrkraft an den überfüllten einklassigen Schulen zu Schafberg und Bockraden 2. Sollte die Landgemeindevertretung die Mittel zur Anstellung dieser Lehrkräfte genehmigen, so würde die Zahl der Lehrstellen in der hiesigen Landgemeinde auf 29 steigen. Ein Gesuch des Elternbeirats in Laggenbeck und Osterledde wurde abgelehnt, da durch Errichtung einer 2. Lehrstelle in Schafberg a. d. die Schule in Laggenbeck entlastet werden kann.

* **Hamm,** 24. Febr. (Vom Stadthafen). Der Zugang an beladenen Schiffen war in der Berichtswoche nur mäßig. Hauptsächlich in der Kohlenzufuhr war ein Rückgang zu verzeichnen. Insgesamt kamen 7 (18) Schiffe mit zusammen 7505 (3197) Tonnen Kohlen, Koks und Getreide, sowie 1 (0) leeres Schiff an. Die Umschlagziffern vom Wasser stellten sich auf 6454 (7500) Tonnen Kohlen, Koks, Getreide usw. 16 (17) leere Schiffe wurden abgeschleppt. Vom Waggon ins Schiff wurden 650 (0) Tonnen Zement verladen.

gf **Hamm,** 25. Febr. (Im Stadtparlament) nahmen Magistrat und Kollegium mit wärmstem Dank die Schenkung von 200 000 Mk. der Phönix A.-G., Abtlg. Westf. Union, Hamm, für den Bau von Wohnungen für Minderbemittelte an. Der Betrag wurde der Hammer gemeinnützigen Baugef. m. b. H. überwiesen. Im weiteren Verlauf brachten dann die Sozialdemokraten den unerhörten Skandalantrag ein, die im Stadtverordnetensitzungssaal aufgehängten Hohenzollernbilder zu entfernen. Stadtv. Genosse Röttgen verstieg sich zu den ungebührlichsten Ausführungen und Lebensschilderungen der Hohenzollernfürsten. Oberbürgermeister Schlichter betonte in einer längeren Rede, daß die Bilder keineswegs gegen die Verfassungstreue wären. Sämtliche bürgerl. Parteien sprachen sich gegen die Entfernung aus, nur Stadtv. Schmitz (Dem.) hatte Angst, es mit den Roten zu verderben. Bei ihm ist es Tatsache, daß die Bilder bei einem gewissen Teil der Bevölkerung Anstoß erregen. Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen den Antrag, die zehn Sozialdemokraten und Stadtv. Schmitz dagegen. Ein dringlicher Antrag betr. Verlegung der Straßenbahngleise in die neue Unterführung der Bahnhofstraße wurde angenommen und die Kosten dafür in Höhe von 148 000 Mark bewilligt.

ft **Dorsten,** 24. Febr. Der heutige Viehmarkt war gut besucht, der Auftrieb mittelmäßig, der Handel teils lebhaft. Auf dem Schweinemarkt waren 500 Schweine und Ferkel aufgetrieben. Die Preise für Ferkel und Faselschweine behaupteten ihren bisherigen Preisstand. Auf dem Ferkelmarkt wurde die Altersswoche durchschnittlich mit 40 Mk. bezahlt. Es wurden gezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 240—320 Mk., für 8—12 Wochen alte Ferkel 320—500 Mk. Faselschweine über 15 Wochen standen mit 500—750 Mk. im Preise. Tragende Schweine wurden mit 12—1500 Mk. gehandelt, fette Schweine mit 9—12 Mk. je Pfund Lebendgewicht. Der Auftrieb in Schafen, Ziegen und Lämmern war nicht nennenswert und der Handel mittelmäßig. — Auf dem Rindviehmarkt waren 80 Stück Rindvieh aufgetrieben. Wenn auch die Rinderpreise im allgemeinen zurückgehen, so war die Preisforderung nach wie vor für gute Milch- und tragende Kühe hoch. Gesucht waren gute Milchkühe, bei mit 6—7000 Mar kund einzelne höher bezahlt wurden. — Auf dem Pferdemarkt waren 100 Pferde zum Verkauf gestellt. Es kosteteten Arbeitspferde 1. Sorte 18—22 000 Mark und einzelne höher, 2. Sorte 15—17 000 Mark, 3. Sorte 10—14 000 Mark, geringwertige Tiere 4500—6000 Mark, Fohlen im Alter von 2—2½ Jahren 16—18 000 Mark, 1—1½ Jahren 10—15 000 Mark, ½jährige 5—8500 Mark. Gesucht waren beste Arbeitspferde, für die das Angebot zu gering war. — Der nächste Rindvieh-, Schweine- und Pferdemarkt findet am Donnerstag, den 17. März statt.

w **Haltern,** 24. Febr. (Anlage eines neuen Stausees). Die Verhandlungen zwischen dem Wasserwerk für das nordwestliche Industriegebiet und der Stadt Haltern über Ankauf von Gelände zur Anlage eines Stausees, die vor dem Kriege kurz vor dem Abschlusse standen, sind vor kurzem wieder aufgenommen und lassen ein baldiges Einvernehmen erhoffen.

* **Datteln,** 24. Febr. (Zum kommissarischen Amtmann) des Amtes Datteln hat der Oberpräsident von Westfalen den Regierungsassessor Odenbreit aus Münster, Sohn des Oberrentmeisters der Frhr. v. Twickelschen Verwaltung, ernannt. Die linke Mehrheit der Amtsvertretung Datteln hatte, wie wir s. Zt. berichteten, vor längerer Zeit den unabhängigen Abgeordneten Ernst in Hagen zum Amtmann in Vorschlag gebracht.

□ **Bielefeld,** 25. Febr. (Aus der Haft entlassen). Der Fabrikant Berenfeld von hier und die geschiedene Ehefrau Weiskan aus Melbergen, die unter dem Verdacht, an dem Tode der Frau Angenete aus Herford mitschuldig zu sein, in Haft genommen worden waren, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil sich der Verdacht nicht aufrecht erhalten ließ.

□ **Hörde,** 24. Febr. (Sogar Filme werden gestohlen). Einbrecher drangen nachts in das Lichtspielhaus Tonhalle hier ein und stahlen Filme im Werte von 35 000 Mark. Man nimmt an, daß internationale Einbrecher als Täter in Frage kommen.

□ **Dortmund,** 24. Febr. (Ausgehobene Spielhölle). In der Wohnung eines ausländischen Barbiers wurde eine Spielhölle ausgehoben. Siebzehn Personen, meist galizische und russisch-polnische Juden, wurden festgenommen. In ihrem Besitz fand man bedeutende Geldsummen.

□ **Gladbeck,** 24. Febr. (Gründung einer Kreisbank). Eine hier abgehaltene Konferenz von Vertretern der Städte Buer, Bottrop, Gladbeck und der Städte und Gemeinden des Kreises Recklinghausen, sowie der Kreisleitung hat sich grundsätzlich für die Gründung einer gemeinschaftlich zu betreibenden Kreisbank für das ganze West-Recklinghausen ausgesprochen.

□ **Bochum,** 24. Febr. (Ende des Straßenbahnerstreiks). Die Abstimmung der Straßenbahner über die Essener Einigungsvorschläge hat eine starke Mehrheit für die Beendigung des Streiks ergeben. Es ist damit zu rechnen, daß der Betrieb der Straßenbahnen auf allen Strecken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden wird.

□ **Duisburg,** 23. Febr. (40 000 Mark geraubt). Zwei Räuber drangen in das Büro einer hiesigen Firma, bedrohten den anwesenden Prokuristen mit Revolvern, fesselten ihn an einen Stuhl und raubten aus dem Geldschrank 40 000 Mark. Dem Prokuristen gelang es, sich bald nachher loszureißen. Er eilte den Räubern nach und veranlaßte ihre Festnahme, die in dem Augenblick erfolgte, als sie eben den Raub teilen wollten.

□ **Kleve,** 25. Febr. (Tödlicher Unglücksfall). Die Kreisschwester Anna Ostermann geriet bei dem Versuch, mit dem Zweirade zwischen zwei sich kreuzenden Wagen hindurchzufahren, unter einen der Wagen und wurde dabei getötet.

Sport.

Fußball-Vorschau.

Der nächste Sonntag wird noch einmal vor Schluß der Meisterschaftsspiele in Münster ein interessantes Treffen bringen, das letzte des Sportklubs 08, der gegen den Osnabrücker Turnverein, der mit diesem Spiele ebenfalls seine Spiele beendet, antreten muß. Der Osnabrücker Turnverein steht an 4. Stelle in der Tabelle und gehört deshalb zu den Kandidaten der zukünftigen Gauliga. Für den Sportklub ist es ein schweres Spiel, zu dem er aber nicht ohne Aussicht auf ein gutes Abschneiden antritt; die im letzten Spiel gut bewährte Stürmerreihe mit dem alten Mittelläufer Quabeck wird zeigen müssen, was sie gegen einen so guten Verteidiger wie Steinbach, der in der Auswahlmannschaft des Westf. Gaues aufgestellt ist, ausrichten wird. Da beide Mannschaften als sehr fair bekannt sind, ist ein schöner und interessanter Sport zu erwarten. Die beiden anderen münsterischen Vereine sind spielfrei. In Osnabrück finden noch zwei Wettspiele statt: V. f. R. wird gegen Gronau wohl verlieren, ebenso wahrscheinlich der Sportverein gegen Borussia-Rheine.

Jugenddiplomspiele.

Sonntag, 27. Februar: Klasse A1: Preußen Borghorst — Preußen Münster 3 Uhr (Borghorst); S.-C. Münster 08 — T.-V. Münster 62 4.30 Uhr (Hohenzollernring). Klasse A2: Drensteinfurt — Albersloh. Klasse B1: T.-V. Münster 62 — Preußen 06 10.30 Uhr (Hammermerstraße); Westfalia — S.-C. Münster 08 10.30 Uhr (Stübbe). Klasse B2: Samstag nachm. 3 Uhr Preußen 06 — Sp.-V. Greven (Münstermann).

Leichtathletik.

Gemäß einer Verordnung des Verbands-Athletik-Ausschusses sollen entsprechend den verschiedenen Klassen im Fußballsport die Vereine von jetzt ab auch hinsichtlich ihrer Leistungen in der Leichtathletik klassifiziert werden und zwar in Klasse 1, 2 und 3. Um die Einteilung vorzunehmen, bezw. um die Vorschläge der einzelnen Bezirke entgegenzunehmen und zu prüfen, fand am 12. 2. hier im Berliner Hof eine Gauathletikausschußsitzung statt, die wider Erwarten ziemlich gut besucht war. Nach einer längeren Aussprache über das neue Startkartensystem kam man zur Entgegennahme der Vorschläge der einzelnen Bezirks-Athletik-Obleute. Leider war man sich fast durchweg nicht klar über die Gesichtspunkte, nach denen die Einteilung vorgenommen werden soll, da vom Verb.-Athl.-Ausschuß durchaus keine Direktiven gegeben sind. So muß denn dieses erste Jahr sozusagen als Probejahr aufgefaßt werden. Da ebenso wie beim Fußballsport ein Auf- und Abstieg vorgesehen ist, ist allen Vereinen die Möglichkeit gegeben, nach Verlauf eines Jahres sich entsprechend seinen Leistungen zu verbessern; denn bei der auf 6 beschränkten Zahl der ersten Klasse können nicht alle zu den Besten gehören. Wie aus der neuesten Nummer von F. u. L. zu ersehen ist, hat der Gau-Athl.-Ausschuß für das 1. Jahr folgende Einteilung für gut befunden: 1. Klasse: T.-V. Osnabrück, S.-C. Münster 08, Arminia Bielefeld, T. u. Sp.-V. Hamm, Viktoria-Recklinghausen, Sp.-Vg. Herten. 2. Klasse: Westkreis: V. f. B. Waltrop, T.-V. Recklinghausen, S.-C. Preußen Münster, T.-V. Münster 62, Sp.-V. Osnabrück, V. f. R. Osnabrück.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Münster, den 26. Febr. 1921

Landwirtschaftliche Rundschau

Unpolitische Beilage zur „Westfälischen Tageszeitung"

Pachtschutzordnung.

Die preußische Pachtschutzordnung vom 3. Juli 1920 hat unter dem Datum des 25. Januar 1921 eine neue Fassung erhalten. Bei der Wichtigkeit dieser Verordnung für die Landwirtschaft ist es dringend geboten, an dieser Stelle die wichtigsten einschlägigen Bestimmungen zu erörtern:

Sind landwirtschaftliche Grundstücke verpachtet, so können Pächter und Verpächter in gewissen Fällen, die sich aus dem Nachstehenden ergeben, das zuständige Pachteinigungsamt anrufen:

Für Grundstücke unter 10 Morgen (2,5 Hektar) kann das Pachteinigungsamt bestimmen:

1. Daß Kündigungen unwirksam werden und daß gekündigte Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren fortzusetzen sind;
2. daß ohne Kündigung ablaufende Verträge bis zur Dauer von zwei Jahren verlängert werden;
3. daß Verträge vor Ablauf der vereinbarten Pachtzeit aufgehoben werden.

Für Grundstücke von jeder beliebigen Größe kann das Pachteinigungsamt bestimmen, daß der Pachtzins anderweitig festgesetzt wird, wenn dies unter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen gerechtfertigt erscheint.

In allen Fällen dürfen jedoch die Pachteinigungsämter solche Bestimmungen nur treffen, insoweit sich das Verhalten des Pächters oder des Verpächters entweder als wucherische Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit oder in Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse offenbar als eine schwere Unbilligkeit darstellt oder insoweit es zur Folge hätte, daß der Pächter oder Verpächter in eine wirtschaftliche Notlage gerät.

Bei den heutigen teuren Verhältnissen dürfte es in den allermeisten Fällen als eine offenbare, schwere Unbilligkeit angesehen werden müssen, wenn der Pächter auf Grund eines Pachtvertrages, den er etwa vor einigen Jahren günstig abgeschlossen hat, heute keinen höheren Pachtzins zahlen wollte.

Hat der Pächter oder der Verpächter gekündigt und will der andere Teil sich mit der Kündigung nicht zufrieden geben, so muß dieser sofort nach Eingang der Kündigung das Pachteinigungsamt anrufen. Der Antrag, ein ohne Kündigung ablaufendes Pachtverhältnis zu verlängern, ist so frühzeitig zu stellen, wie es unter Berücksichtigung der Interessen des anderen Teiles verlangt werden kann; im allgemeinen wird man verlangen können, daß ein solcher Antrag mindestens sechs Monate vor Ablauf des Pachtverhältnisses gestellt wird.

Ist die Pachtzeit bereits abgelaufen, so kann das Pachteinigungsamt in keinem Falle mehr angerufen werden.

Die Pachteinigungsämter haben im Termine zuerst die Herbeiführung eines Vergleichs anzustreben. Scheitert der Einigungsversuch, so entscheidet das Pachteinigungsamt nach ganz freiem und billigem Ermessen. Es ist aber dabei an keine Taxen gebunden. Die Entscheidung ist endgültig; es gibt dagegen keine Berufung.

Die Pachteinigungsämter sind beim Amtsgericht errichtet; sie bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden und vier Beisitzern; von letzteren sind zwei Verpächter und zwei Pächter, sodaß die Interessen der beiden Parteien gleichmäßig vertreten werden. Als Beisitzer können auch weibliche Personen ernannt werden.

Will jemand einen Antrag beim Pachteinigungsamt stellen, so hat er seinen Antrag zu adressieren: „An das Pachteinigungsamt beim Amtsgericht in —." Dasjenige Amtsgericht (Pachteinigungsamt) ist zur Erledigung des Antrags zuständig, in dessen Bezirk das verpachtete Grundstück liegt.

Nicht selten ist man der Ansicht, der Pachtzins könne nur durch das Pachteinigungsamt erhöht werden. Das ist nicht richtig. Vielmehr können und sollen Pächter und Verpächter zuerst versuchen, unter sich einig zu werden. Wenn sie sich privat einigen, so ist diese Abmachung selbstverständlich bindend, und die Kosten und Zeitversäumnisse, die das Verfahren vor dem Pachteinigungsamt erfordert hätte, sind erspart geblieben.

Für das Verfahren vor dem Pachteinigungsamt werden Gebühren erhoben, die bereits mit der Einreichung des Antrages entstehen. Die Gebühren betragen fünf Prozent des jährlichen Pachtzinses, mindestens aber fünf Mark. Wird der Pachtzins durch Vergleich oder Beschluß geändert, so verdoppelt sich die Gebühr; dasselbe ist der Fall, wenn der Pachtstreit überhaupt durch einen Beschluß erledigt wird. Außerdem sind die Kosten der Zeugen und Sachverständigen zu zahlen, falls solche geladen werden, desgleichen die Kosten von etwaigen Ortsbesichtigungen.

Die Kosten hat derjenige zu tragen, zu dessen Gunsten der Vertrag aufgehoben, verlängert oder abgeändert wird; aus Billigkeitsgründen kann das Pachteinigungsamt über die Kosten auch anders entscheiden; dem steht nicht im Wege, daß die Parteien sich im Vergleichswege über die Kosten einigen.

Keine Partei kann von der andern Erstattung ihrer Auslagen für Zeitversäumnis, Rechtsanwalt usw. verlangen; das Pachteinigungsamt kann die Erstattung nur dann anordnen wenn und insoweit der Gegner das Verfahren oder eine Erhöhung der Kosten mutwillig veranlaßt hat.

Die Parteien sind stets zum persönlichen Erscheinen verpflichtet, auch wenn sie sich einen Vertreter bestellen.

Die Pachtschutzordnung tritt am 30. Mai 1922 außer Kraft.

Spürsinn oder ....?

Das hervorragende Bestreben, Gelder, die nach der Phantasie mancher Kreise millionenfach aufgehäuft in der Landwirtschaft versteckt liegen, für die Besteuerung zu erfassen, führt mitunter auch zur Ueberschreitung der Befugnisse seitens der Finanzbeamten. So wird aus einem Finanzbezirk (nicht Westfalens) berichtet, daß ein Finanzbeamter in die Häuser geht und nach Luxusgegenständen sucht. Er sei auch bei einem Pferdehändler im Stalle gewesen und habe nach dem Preis gefragt und sich überzeugt, ob unter den zum Verkauf stehenden Pferden keine Luxuspferde seien.

Maßgebend ist für das Verhalten des Steuerbeamten der § 175 der R.A.O. (Reichsabgabenordnung). Danach können Beamte der Finanzämter oder deren Beauftragte Grundstücke und Räume der Steuerpflichtigen betreten, um im Steuerinteresse an Ort und Stelle einige Abschätzungen innerhalb der üblichen Geschäfts- und Arbeitsstunden vorzunehmen. Die Steuerpflichtigen sind dabei verpflichtet, Auskünfte und Nachweise zu erteilen. Wertsachen muß der Steuerpflichtige auf Verlangen vorlegen, bezw. Einsicht in die Behältnisse gewähren, in denen die Wertsachen aufbewahrt werden.

Die Berechtigung der Finanzbeamten geht also ziemlich weit. Bei den Verhandlungen im Reichstag ist aber ausdrücklich gesagt worden, daß von dem Recht, sich Wertsachen vorlegen zu lassen, nur in den äußersten Fällen Gebrauch gemacht werden soll.

Nach diesen Darlegungen hat also der Finanzbeamte zweifellos das Recht gehabt, den Stall des Pferdehändlers zu betreten, nach dem Preis zu fragen und sich zu erkundigen, ob unter den Pferden auch Luxuspferde seien. Voraussetzung ist dabei, daß der Beamte zu einer anständigen Zeit bei dem Pferdehändler war, also in der Zeit von morgens 8 bis vielleicht 6 Uhr nachmittags. Wenn es dagegen wahr wäre, was uns mitgeteilt wurde, daß er in den Häusern nach Wertsachen gesucht habe, so würde er seine Befugnisse überschritten haben. Nach dem Kommentar zur R.A.O. (Reichsabgabeordnung) von Buck und Dr. Lukas sollen Wertsachen nur dann an Ort und Stelle eingesehen werden, wenn die Schätzung dieser Wertsachen sich nicht anders ermöglichen läßt. Die Vorlage der Wertsachen kann nur bei solchen Fällen in Frage kommen, von denen das Finanzamt weiß, daß der Steuerpflichtige sie besitzt, aber nicht weiß, wo der Steuerpflichtige diese Wertsachen aufbewahrt. Wenn das Amt vermutet, daß der Steuerpflichtige Wertsachen besitzt, hat es nicht das Recht, nach den vermuteten Wertgegenständen in seinem Hause zu suchen. Jeder derartige Fall ist Hausfriedensbruch. Der Bauer hat schon an den schikanösen Kontrollen des Kommunalverbandes genug, er braucht nicht auch noch einen Schnüffler vom Finanzamt.

Einige Betrachtungen über die Umsatzsteuer.

Daß die Umsatzsteuer eine ungerechte Steuer ist, das wird wohl niemand leugnen können, der mit dem Wesen derselben vertraut ist, speziell für die Landwirtschaft. Auch für den Kaufmann kann sie ungerecht werden, falls er seine Waren mit Verlust verkaufen muß, was bei plötzlichem Preissturz nicht ausgeschlossen ist.

Betrachten wir die Ungerechtigkeit der Umsatzsteuer in der Landwirtschaft. Hat ein Landwirt z. B. Unglück mit einem Pferd, welches einen heutigen papiernen Phantasiewert von 25 000 Mark hat und er muß es zu 5000 Mark verkaufen und mithin wieder 20 000 Mark zulegen, um ein gleichwertiges und brauchbares Pferd zu erhalten, so muß er trotzdem von den 5000 Mark sage und schreibe 75 Mark Umsatzsteuer bezahlen. Des weiteren: Vertauscht ein Landwirt ein Paar Ochsen im Werte von 24 000 Mk. gegen ein Paar von 18 000 Mark, so verpflichtet ihn das Gesetz, von den 24 000 Mark Umsatzsteuer zu entrichten. Brauchte er nun nur von dem Ueberschuß von 6000 Mk. Umsatzsteuer zu zahlen, so könnte man sich damit noch abfinden. Nur noch ein Beispiel: Verendet jemand eine Kuh, was gewiß ein schwerer Schlag ist bei der heutigen Zeit, so muß er trotzdem noch von dem Erlös der Haut Umsatzsteuer zahlen. Diese Beispiele werden wohl zur Genüge meine Behauptungen bewiesen haben, daß die Umsatzsteuer keine gerechte ist. Auch ist die Umsatzsteuer eine doppelte Einkommensteuer, ja noch mehr. Wie aus Vorstehendem ersichtlich, muß noch mehr als das wirkliche, sogar das fingierte Einkommen, was überhaupt nicht vorhanden, versteuert werden. Was ist das, der Umsatz und das Einkommen eines Landwirtes? Meiner Ansicht nach doch nur der Lohn für seiner Hände Arbeit und seiner Stirne Schweiß, der ihm nicht wie dem Arbeiter gewöhnlich alle 14 Tage, oder dem Beamten am 1. jeden Monats ausbezahlt wird, sondern er muß warten, bis er dies oder jenes verkaufen kann. Was nützen ihm die schönsten Felder, wenn er sie nicht mit Mühe und Fleiß bearbeitet, von selbst werfen sie ihm nichts in den Schoß. Dem Landwirt ist es nicht so leicht möglich, die Umsatzsteuer auf die Abnehmer seiner Erzeugnisse abzuwälzen, wie verschiedenen anderen Ständen. Letztere haben eher Gelegenheit, die Umsatzsteuer prozentual auf ihren Umsatz draufzuschlagen wie der Bauer (auch der Winzer nicht), speziell bei den durch unsere primitive Zwangswirtschaft bis dahin festgesetzten Höchstpreisen.

Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern.

Es sind in der letzten Zeit häufig Zweifel über die Wahl der Gärtner, Altenteiler und juristischen Personen zu den Landwirtschaftskammern aufgetaucht. Vor allem fürchtet man in Gärtnerkreisen, daß der Gartenbau nicht unter die Vorschriften des Gesetzes vom 16. 12. 1920 fällt. Nach einem Erlaß des Landwirtschaftsministers vom 29. Januar d. Js. gehört der Gartenbau als Bodenfruchtbau zum landwirtschaftlichen Gewerbe nicht nur als Nebenbetrieb der Landwirtschaft im engeren Sinne, sondern auch in den überwiegend oder ausschließlich der Erzeugung von Gartenfrüchten dienenden Betrieben ohne Rücksicht auf deren Größe. Im Jahre 1913 wurden bereits Gärtnereiausschüsse bei den Landwirtschaftskammern eingerichtet, die also damals schon als gesetzliche Vertretungen des Gartenbaues galten. Nach den Sperrbestimmungen des alten Kammergesetzes waren Wahlrecht und Beitragspflicht davon abhängig, daß eine selbständige Ackernahrung oder ein bestimmter Mindestgrundsteuerreinertrag der bewirtschafteten Fläche vorlag. Diese Grenze ist durch die Gesetzesnovelle beseitigt und es wird zahlreichen bisher vom Wahlrecht und der Beitragspflicht ausgeschlossenen kleinen Landwirten (Besitzern, Pächtern und Nutznießern) und vor allen dem weitaus größten Teil der Gartenbau treibenden Unternehmer die Beteiligung an der Landwirtschaftskammer ermöglicht. Voraussetzung ist allerdings in jedem Fall, daß durch den gärtnerischen Betrieb eine regelmäßige Belieferung des Marktes mit gärtnerischen Erzeugnissen erfolgt. Nach § 7 des Gesetzes steht den Altenteilern als ehemaligen Eigentümern und Nutznießern der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, wenn sie 15 Jahre lang innerhalb des Kammerbezirks wählbar waren, zweifellos das passive Wahlrecht zu. In § 6, der das aktive Wahlrecht regelt, sind sie nicht ausdrücklich erwähnt. Allerdings wird den Altenteilern in dem Fall das Wahlrecht zugestanden, daß sie noch Miteigentümer oder Nutznießer sind. Das Recht wird sich nur von Fall zu Fall entscheiden lassen. Hat ein Altenteiler Anspruch auf Lieferung von Naturalien, wird ihm auch als Nutznießer das aktive Wahlrecht zugestanden. Für die juristische Person ist der gesetzliche Vertreter in die Wahlliste aufzunehmen.

Die genossenschaftl. Kreditverhältnisse.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Dem oberflächlichen Betrachter scheint die Lage der genossenschaftlichen Kreditverhältnisse äußerst günstig zu sein, wozu die großen Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen scheinbar berechtigen. Im Jahre 1912 überstiegen beim Reichsverband die Einzahlungen die Auszahlungen um 73 850 000 Mark, 1915 um 198½ Millionen Mark, 1916 um 255 Millionen Mark, 1917 um 490 Millionen Mark, 1918 um 741 Millionen Mark. Im Jahre 1919 wurde seitens der Einzelgenossenschaften bei der Zentralstelle eingezahlt 5 359 159 284 Mark, seitens der Einzelgenossenschaften abgehoben 5 115 Millionen Mark. Wir sehen, daß bei Beginn des Krieges die Einzahlungen die Auszahlungen übertreffen. Das hat folgende Gründe: Die Landwirte mußten im Kriege ihre Pferde, Rinder und sonstiges Vieh abgeben, ohne die Möglichkeit zu haben Neues zu erwerben. Düngemittel standen nur in geringem Maße zur Verfügung, sodaß wesentliche Ausgaben dafür nicht in Frage kamen. Verfallene Gebäude, abgenutzte Maschinen konnten wegen der allgemeinen Rohstoffknappheit schwer ausgebessert werden. so sammelte sich bei den Bauern ein Papierkapital an, allerdings auf Kosten ihres Betriebskapitals. Man stellte es den Darlehenskassen zur Verfügung. Dagegen blieben Kreditanforderungen wegen der Verflüssigung des Betriebskapitals zu Papierkapital bei den Landwirten und infolge der steigenden Entwertung des Geldes, die ein Bezahlen der Zinsen leicht ermöglichte, zurück. Allerdings stieg die Vermehrung der Einzahlung mit dem Sinken des Geldwertes, ob also eine absolute Zunahme der Einzahlung stattgefunden hat, bleibt dahingestellt. Jedenfalls berechtigt die scheinbar äußerst günstige Lage des genossenschaftlichen Kreditwesens nicht zur Beruhigung für die Zukunft. Das schon jetzt wieder einsetzende Kreditbedürfnis gibt zu denken. Es ist die natürliche Folge der weiteren Inflation, die bekanntlich seit 1919 in verstärktem Maße einsetzte.

Muß der Landwirt, um sein Betriebskapital wieder auf den alten Stand zu bringen, oder den Boden für den Raubbau zu entschädigen, oder die notwendigen Wiederherstellungsarbeiten vornehmen zu lassen, doch ein Vielfaches des Preises bezahlen, was er damals hätte bezahlen müssen, während er doch aus dem Verkauf seiner Erzeugnisse keineswegs so viel erübrigen kann. In Anbetracht dieses, mit der Zeit steigenden Kreditbedürfnisse — man denke nur an in Genossenschaftskreisen nicht ohne Sorge in die Zukunft. Kredite für Dünger- und Maschinenbeschaffung — sieht man Das wachsende Kreditbedürfnis können die Genossenschaften nur durch die Erhöhung ihrer Geschäftsteile und deren Volleinzahlung erreichen.

Erzeuger- und Verbraucherpreise.

Auf dem Gebiete der Preisbildung sind es vor allem drei Umstände, welche in landwirtschaftlichen Erzeugerkreisen mit Recht großem Unmut auslösen und keineswegs dazu angetan sind, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Erstens, daß der Landwirt in seinen wichtigsten Produkten durch Höchstpreise gebunden ist, während für die Artikel und Betriebsmittel, die der Bauer kaufen muß, keine Bindung besteht. Zweitens, daß die Produkte, die der Bauer zu mäßigen Preisen abgibt, nachher in der Stadt mit ganz außergewöhnlichen Preiszuschlägen an die Konsumenten verkauft werden, wofür der Bauer dann verantwortlich gemacht wird. Drittens, daß der Bauer genötigt ist, seine eigenen Produkte zu Höchstpreisen abzuliefern und dafürst schlechte Ersatzmittel zu Wucherpreisen wieder kaufen muß. So mußte der Landwirt für die ihm abgenommenen Mengen, Roggen, Gerste und Hafer nachher andere Futtermittel kaufen, die viel teurer, im Futtermittelwert aber viel schlechter waren als die ihm abgenommenen Mengen Roggen, Gerste und Hafer. Ein den Landwirten viel angepriesenes Futtermittel war z. B. das berühmte Strohkraftfutter mit Eiweißzusatz. Dafür wurde ein Preis von Mk. 32,50 für den Zentner gefordert, zu einer Zeit, als der Landwirt den Hafer zu Mk. 15,— für den Zentner abgeben mußte. Strohkraftfutter mit Eiweißzusatz besitzt ungefähr den sechsten Teil des Futtermittelwertes von Hafer, dürfte also, wenn man gerecht sein wollte, nicht für 32,50 Mk., sondern höchstens für Mk. 2.50 den Zentner an den Landwirt abgegeben werden. Nicht selten kam es sogar vor, daß der Landwirt Getreide zu bestimmten Höchstpreisen abgeben mußte und nachher für die Abfälle desselben Getreides, die er zu Futterzwecken wieder kaufte, einen weit höheren Preis zu zahlen hatte, als er für das Getreide erhalten hatte. Die landwirtschaftlichen Betriebsartikel waren schon im Kriege nicht mit Höchstpreisen belegt, sodaß es zu der Tatsache kommen konnte, daß Wagenschmiere teurer als Butter wurde.

Infolge dieser Verhältnisse wurde die landwirtschaftliche Erzeugung derart verteuert, daß selbst nach sozialdemokratischen Aussagen die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die die Verbraucher zahlen müssen, keineswegs mit den Erzeugungskosten in Einklang stehen.

Nach amtlicher Feststellung der sogen. Indexkommission sind im Jahre 1920, verglichen mit dem Vorgriegspreis, gestiegen:

die künstlichen Düngemittel um	1326 v. H.
die Kohlen um	1399 „ „
Eisen um	2042 „ „
Landwirtschaftl. Bedarfswaren um	1300 „ „
Licht-, Kraft- und Schmiermittel um	1330 „ „
persönliche Bedarfsgegenstände (Schuhe, Kleidung usw.) um	1200 „ „

Dahingegen sind gestiegen die Preise für Getreide und Kartoffeln (Preis loco Berlin):

	Mk. v. Tonne 1909/13	Höchstpreise 1920	Steigerung
Weizen	213,10	1 555	630 v. H.
Roggen	189 40	1 415	735 „ „
Hafer	168,70	1 365	706 „ „
Gerste	153 50	1 365	786 „ „
Kartoffeln	55,—	500	810 „ „

Es ist nicht zu bestreiten, daß dies unhaltbare und unwirtschaftliche Verhältnisse sind, und solange hier keine grundlegenden Aenderungen eintreten, ist auch nicht zu erwarten, daß unsere Wirtschaft wieder in geordnete Bahnen kommt.

Erhöhung der Kalipreise.

Zu der vom deutschen Kalisyndikat beantragten Erhöhung der Kalilandpreise um 50—55 Prozent wird die deutsche Landwirtschaft außer Stande sein, diese Mehrbelastung zu tragen. Jegliche Erhöhung von Betriebsmittelpreisen bei gleichzeitiger Beibehaltung der bisherigen Getreidepreise müsse zu weiterer Extensivierung der Landwirtschaft führen.

Preßgesetzlich verantwortlich: Dr. Alb. Dietz, Münster i. W.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Handels-Zeitung

Aus der Textilindustrie

Baumwolle

Liverpool, 24. Februar (Drahtbericht)

Umsatz 3000 Import 5100 Tendenz schwach

	23. 2.	24. 2.		23. 2.	24. 2.		23. 2.	24. 2.
Amer. fully			September	8.64	8.34	Ober-Aegypt		
middl. loco	8.46	8.33	Oktober	8.68	8.40	Februar	15.75	15.40
Februar	7.95	7.53	November	8.71	8.43	April	16.50	16.15
März	8.00	7.58	Dezember	8.74	8.46	Alexandrien		
April	8.12	7.70	Januar	8.76	8.49	März	22.40	21.25
Mai	8.30	7.92	Aegyptische			Mai	23.10	21.90
Juni	8.36	8.00	März	11.60	11.15			
Juli	8.51	8.18	Mai	11.85	11.40			
August	8.56	8.28	Juli	12.15	11.80			

Bremen, 24. Febr. (Drahtb.) Amtlicher Preis für das Kilo Baumwolle Fully Middling 20 Mark, am 23. Februar 20 Mark.

Vom Tuch- und Garnmarkt in Manchester

* **Manchester**, 22. Februar. Am Tuch- und Garnmarkt trat keine Besserung ein

Dänemarks Seiden- und Wollwaren-Einfuhr im Jahre 1920

Die Einfuhr von Manufakturwaren aus Seide betrug für 44,64 Millionen, die von solchen aus Wolle für 140,42 Millionen Kronen: die Ausfuhr dänischer für 0,3 bzw. 5,8, und ausländischer für 7,6 bzw. 27,0 Millionen Kronen. An Menge betrug die Einfuhr von seidenen Spitzen, Tüll und Flor 77 (im Jahre 1919: 124), ganzseidenem Band 288 (515), halbseidenem 141 (219), ganzseidenen Stoffen 1172 (3451) und halbseidenen 1141 (1992) Doppelzentner, an Seidengarn 383 (465) Doppelzentner. An Terpichen wurden 8007 (8126), wollenen Strümpfen 2441 (2412), anderer Wolltrikotage 1536 (1157) Doppelzentner eingeführt; an schweren Kleiderstoffen und Tuchen (über 250 Gramm pro Quadratmeter) 18 357 (27 260) Doppelzentner; an leichten 11 675 (16 225) Doppelzentner. — Die Konfektionseinfuhr ist aus der vorläufigen Statistik noch nicht ersichtlich.

Vom M.-Gladbacher Garn- und Gewebemarkt

* **M.-Gladbach**, 22. Februar. Im Geschäft mit Baumwollgarn waren in der abgelaufenen Woche wiederum nennenswerte Umsätze nicht zu verzeichnen. Die meisten Verbraucher sind zu den jetzigen niedrigen Preisen auf einige Monate eingedeckt und zu weiteren Unternehmungen bei der augenblicklichen Geschäftsstille nicht geneigt. Viele Spinnereien haben noch laufende Aufträge auszuführen und konnten daher die Arbeitszeit in dem bisherigen Umfange aufrechterhalten. Die Abnahme von Garn hat aber inzwischen nachgelassen; Betriebseinschränkungen werden daher nicht zu umgehen sein. — Das Webstoffgewerbe hat im Februar erhebliche Verschlechterung erfahren. In den Webereien ist es stiller geworden, während sonst um diese Jahreszeit sehr reger Absatz herrschte. Der Rückgang der Preise für Textilstoffe, ferner die politische Lage, haben zur Folge, daß es zurzeit an jeder Unternehmungslust fehlt: viele Webereien mußten daher die wöchentliche Betriebszeit auf vier bis fünf Tage herabsetzen. Größere Lagerbestände sind aber einstweilen noch nicht vorhanden.

Vom Krefelder Rohseidenmarkt

vf. **Krefeld**, 24. Febr. (Eig. Drahtb.) In Krefeld blieb das Geschäft in der Vorwoche bei unveränderten Preisen in bescheidenen Grenzen. In Ostasien ist die Marktlage unverändert und in Lyon liegt das Geschäft vollständig darnieder. Die Käufer halten sich durchaus zurück. Die Preise sind sehr schwach mit Neigung nach unten. Es wurden angesetzt für: Ital. Grege 11—13 extra (frz.) Fr. 170—175, ital. Grege 12—14 extra Fr. 160—165, Japan Grege 13—15 1/A Fr. 135—140, Ital. Organsin 19—21 extra Fr. 210, Japan Organsin 19—21 extra fil. Fr. 190—185, Japan Organsin 26—28 extra fil. Fr. 170, Japan Trame, a. t. c. 28—32 I. Ordre Fr. 160. In Italien bleibt Amerika im Einkaufe für Grauis Wehareaen und man schätzt seine diesswöchentlichen Abschlüsse in Mailand auf etwa 400 Ballen; auch Turin meldet Abschlüsse für Newyork. Die Haltung der italienischen Eigner ist daher in letzter Stunde etwas fester für die von Amerika beachteten guten Qualitäten. Der Neuyorker Rohseidenmarkt ist im Ganzen genommen eher ruhig, man erwartet aber eine weiter langsam zunehmende Besserung in der Fabrik. Yokohama telegraphiert ruhigen Markt mit kleinen Abschlüssen für amerikanische Rechnung auf Grundlage von: 212 (frz.) Fr. für Extra Extra 13—15 weiß, 207 Fr. für Extra Extra 13—15 gelb. Seit dem 1. Januar wurden 12 800 Ballen Rohseide von Yokohama nach Neuyork verschifft; nach Europa dagegen ist der Versand schon seit drei Monaten beinahe Null und die diesseitigen Vorräte an Japanergen sind sehr klein. Der Yokohama-Kurs ist auf 40 000 Ballen zurückgegangen.

Aus der Eisen- u. Metallindustrie

Metallpreise

Hamburg, Februar (Drahtbericht)

	23.	24.		23.	24.
Silber (ca. 900 fein)	950—940	955—940	Blei [Weichblei		
„ per Januar	950—935	955—940	dopp. raff.]	440—410	440—415
„ „ Februar	930—920	935—925	Zinn Banca Straits	46 1/2—45 1/2	45 1/4—45
„ „ März	920—915	925—920	Zinn deutsch Minim.	—	—
Zink [Hüttenroh]			Kupfer gereb. Kath.	17 3/4—17	17 3/4—17
prompt	560—540	550—540	Kupfer Raffinade	15 1/2—14 3/4	15 1/4—15
Zink per Januar	560—540	550—540	Kupfer Werlbars	18 1/4—17 1/2	18 1/4—17 1/4
Zink per Februar	535—530	545—540	Quecksilber	80—74	78—73
Zink per März	525—510	530—525	Antimon	7—6	7—6
Zink ungeschmolz.	360—350	370—355	Nickel		—
Blei (Org. Hütte, Weichblei dopp. Raff. Lager	465—460	480—455	Aluminium	26—23	25 1/2—23 1/2
Blei Or. ab Hütte	485—460	490—455	Elektrolyt	1905	1815

Berlin, Februar. (Drahtbericht.)

	23.	24.		23.	24.
Raffinade Kupfer	1475—1500	1500	per Draht	2750—2775	2750
Original-Hütten-weichblei	475—485	466—475	Zinn Blanca Straits	4600	4600
Original-Hütten-Rohzink Freivert	540—545	540—545	Hüttenzinn	4075	4050
Remalted Plattzink	350—355	350—355	Rein Nickel	4200	4200
Hütten-Aluminium (gekerbte Blöcke)	2650—2675	2650	Antimon Regulus	700	700
			Silber	935—945	940—950

London, Februar. (Drahtbericht.)

	22. 2	23. 2.		22. 2.	23. 2.
Kupfer	70 7/8—70	70 1/8—70 1/8	Blei	19—19 1/4	18 1/2—19 1/8
Elektrolyt	74—76	75—76	Quecksilber	—	—
Zinn	170 1/4—173	169 1/4—172 3/4	Silber	—	—
Zink	25 1/8—25 3/8	25 3/8—26	Gold	—	—

Vom amerikanischen Eisenmarkt

* **Neuyork**, 23. Februar. Das Blatt „Iron Age" berichtet: Die neuen Käufe waren so gering, daß es schwierig ist, ihren Umfang zu schätzen; auch beim Stahltrust macht sich ein Rückgang der Produktion geltend. Das Hauptaugenmerk der Industriekreise ist jetzt auf die Transportkosten gerichtet, die als wesentlicher Bestandteil für die Höhe der Herstellungskosten in Frage kommen. Immer weitere Kreise beschäftigen sich mit der Forderung nach Anpassung der Löhne der Eisenbahnangestellten und damit auch der Frachtraten an die augenblicklichen Verhältnisse.

Ausfuhr von Kupfervitriol

Die Beschlüsse des Metallwirtschaftsbundes vom 17. 12. 20 bleiben sinngemäß für März und April 1921 bestehen. Für Kupfervitriol wurde beschlossen, daß 50 Prozent der Produktion im März und April 1921 zur Ausfuhr freigegeben werden, ferner 50 Prozent derjenigen nachweisbar unverkauften Bestände, die bei den Produzenten oder Händlern am 23. 2. 21 vorhanden waren. Wer beabsichtigt, von der vorstehenen Ausfuhrmöglichkeit Gebrauch zu machen, hat bis zum 5. März 1921 einschl. seinen Ausfuhrantrag dem Metallwirtschaftsbund unter Angabe der ihm nachweisbar gehörenden unverkauften Kupfervitriolbestände gemäß dem Stand vom 23. 2. 21, abends, einzureichen. Die Leitung des Metallwirtschaftsbundes wird beauftragt, am 15. März festzustellen, inwieweit dann die gegebene Lage eine weitere Ausfuhr von 25 Prozent der Kupfervitriolproduktion im März gestattet.

Stahlwerksverband und Eisenwirtschaftsbund

Unseren Mitteilungen aus dem Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes, der bekanntlich seine Tätigkeit eingestellt hat, tragen wir noch die ungünstige Kritik der Tätigkeit des Eisenwirtschaftsbundes nach. Der Bericht bemerkt im allgemeinen, daß der Eisenwirtschaftsbund in den Kreisen, die im Gegensatz zur Auffassung unserer Industrie, auf dessen Arbeiten große Hoffnungen gesetzt hatten, als unzeitgemäß und überflüssig bezeichnet wird. Die Hauptaufgabe, Sicherstellung des dringenden Inlandbedarfs und Regelung der Preise für den inländischen Verkehr, hätten sich zwanglos und auf natürlichem Wege ohne Aufbietung eines umfangreichen und äußerst kostspieligen behördlichen Apparates gelöst.

Der Einzelhandelsverband für Rheinland und Westfalen E. V., Düsseldorf,

hielt am 22. d. M. unter der Leitung seines Vorsitzenden, des Herrn Nahrhaft, Düsseldorf, eine Vertreterversammlung ab. Der Geschäftsführer Herr Dr. Eichborn, gab einen Ueberblick über die mannigfachen Arbeiten, die der Verband, namentlich auf dem Gebiete der Steuer- und Wirtschaftspolitik, geleistet hat und stellte u. a. auch fest, daß es den Bemühungen des Verbandes gelungen ist, im Kreise Düsseldorf-Ost bei den letzten Landtagswahlen in den verschiedenen bürgerlichen Parteien 3 Vertreter des Einzelhandels bzw. Gewerbes in das Parlament zu entsenden. Bei der Besprechung der kommenden Bezirkswirtschaftsräte verlangte der Referent eine Berücksichtigung der Einzelhandelsorganisationen unter den Wahlkörperschaften. Von besonderem Interesse war auch eine Mitteilung über eine Verhandlung des Einzelhandelsverbands mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Reichsverbandes, bei der die Vertreter der Schwerindustrie die Erklärung abgaben, daß die direkte Versorgung der Arbeiter mit Textilien und Lebensmitteln in Zukunft auf das friedensübliche Maß (Werkskonsumvereine) beschränkt werden sollte. Weiter wurde noch beschlossen, sich der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels als Mitglied anzuschließen und eine Verbandszeitschrift herauszugeben. — Die nächste Vertreterversammlung ist für Anfang April in Aussicht genommen.

Abzüge für Kriegs- und Reichssteuer nicht gewinnanteilfrei

Für die Berechnung des Anteils am Reingewinn eines Unternehmens (zugunsten von Vorstand, gewissen Beamtengruppen usw.) ist von Bedeutung, ob die Rücklagen für die Kriegs- und Reichssteuer mit zum Reingewinn zu rechnen sind oder ob sie in Abzug gebracht werden können. Das Reichsgericht hat am 4. Januar 1921 ein Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg gebilligt, das den „tantiemefreien" Abzug von Rücklagen für die Kriegs- und Reichssteuer ebenso als unzulässig bezeichnet, wie die tantiemefreien Abschreibungen für laufende Rechtsstreitigkeiten. (Urteil vom 4. Januar 1921.)

Herabsetzung der englischen Bankrate in Sicht?

In Londoner Finanzkreisen nimmt man an, wie wir schon an anderer Stelle dieses Blattes gemeldet, daß die Bank von England ihren Zinsfuß der Mitte April d. J. von 6 auf 7 Prozent erhöht wurde, herabsetzen wird. — Die gegenwärtige englische Geldmarktlage läßt eine Entspannung wünschenswert erscheinen, so daß die neuerlichen Anregungen an sich nichts Ueberraschendes bringen. Ob die Bank von England diesen Wünschen der englischen Finanz Rechnung tragen und eine Aenderung ihrer Diskontpolitik eintreten lassen wird, bleibt abzuwarten.

Der deutsche Handel in Argentinien

Ueber das Wachsen der deutschen Einfuhr nach Argentinien schreibt das „Times Trade Supplement": Bemerkenswert ist das schnelle Wachstum des deutschen Handels. Bewunderung verdient die Art, in der die deutschen Reeder den argentinischen Markt versorgen. Nur auf einem Gebiete haben sie ihn überflügelt, nämlich bezüglich der Lieferung mit glattem wie Stacheldraht. Es hat auch den Anschein, als ob in Kürze dasselbe mit den deutschen Lieferungen von Stahl, besonders für Eisenkonstruktionen, eintreten wird. Auf allen anderen Gebieten aber werden deutsche Waren gekauft und begehrt. Hierbei verdient erwähnt zu werden, daß auch die Waren der englischen Häuser, die deutsche Vertreter in Argentinien haben, hinter den billigeren deutschen Waren zurückstehen müssen.

Aus der neuen Freiliste luxemburgischer Waren

Nach Artikel 268 c des Friedensvertrages von Versailles ist Deutschland verpflichtet, für die Rohstoffe und Fabrikate, die aus dem Großherzogtum Luxemburg stammen, für einen Zeitraum von fünf Jahren völlige Zollfreiheit zu gewähren. Die Mengen aller Erzeugnisse, die auf solche Weise jährlich nach Deutschland eingeführt werden können, sollen den Jahresdurchschnitt der im Laufe der Jahre 1911 und 1913 versandten Mengen nicht übersteigen. Die Erzeugnisse, die für die Einfuhr nach Deutschland in Betracht kommen, werden vom Reichsfinanzministerium jetzt in einer neuen Liste zusammengestellt, die am 1. März an die Stelle der bisherigen tritt, und rückwirkende Kraft bis zum 16. September 1920 hat. Die neue Liste tritt mit Ablauf des 15. September 1921 außer Kraft.

Für unsere Industrie sind die folgenden Positionen von Interesse: 1. Erze 844 000 t. 2. Gußeisen, rohes, und Waren aus Gußeisen 690 000 t. 3. Stahl, gewalzt und geschmiedet und Waren daraus, 540 000 t. 3a. Kupfer, gewalzt und geformt, und Waren aus Kupfer 74 t. 4. Gußeisen und Stahl, geformt 6720 t. 5. Konstruktionen, metallene und mechanische, 5000 t. 6. Abfälle von Guß- und Schmiedeeisen 59 000 t.

Wiederaufbau der deutschen Schiffsreedereien und Werftindustrie

dw. **Berlin**, 24. Febr. (Eig. Drahtb.) Wie wir hören, ist es endlich gelungen, die seit Jahresfrist im Gange befindlichen Verhandlungen mit der Reederei und Werftindustrie über den Wiederaufbau des für Deutschland unbedingt notwendigen Schiffsraums durch Vergleich zum Abschluß zu bringen. Es besteht die Hoffnung, daß die Interessentenverbände dem Vergleich zustimmen werden. Die Reeder haben auf gewisse Rechte verzichtet. Es wird Wert darauf gelegt, durch den Aufbau eines Teiles der Handelsflotte in beschränktem Umfange die Beschäftigung der Arbeiter zu gewährleisten.

Erleichterung der Ausfuhr aus Oesterreich

Auf Verordnung des Oesterreichischen Handelsministeriums können nunmehr in unbeschränkten Mengen ohne besondere Bewilligung und ohne Bezahlung irgendwelcher Ausfuhrgebühr aus Oesterreich eine ganze Reihe von Gegenständen ausgeführt werden, von denen wir nachstehend die nennen, die für unsere Eisen- und Stahlwaren-Industrie von Interesse sind: Stahl aller Art, Hauen, Rechen, Heu- und andere Gabeln, Schaufeln, Hacken, Heurechen, sonstiges landwirtschaftliches Gerät und Handwerkzeug, eiserne Wagenachsen, Schrauben, Schraubenmuttern, Nieten, Eisenkonstruktionen für Brücken, Metallgespinste, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie ihre Teile, Maschinen, Apparate und Pumpen; Hebemaschinen und Geräte, Nadeln, Hafteln und ähnliche kleine Gegenstände aus Eisen und Metall, Federn und Federstahl, Hufeisen, Bauschließen, Sattlereieisenwaren, Keßlerwaren mit Ausnahme von Blech, Gasinstallationsgegenstände, Brücken- und andere Wagen, Drahtseile, verschiedene Waren aus Guß- und Schmiedeeisen, wie offene Herde, Sparherde und Platten dazu, Sparkocher, Schüssel und andere Gegenstände aus Tempereisen, Möbel, Eisenkessel, Feuerherde, Eisenkassen, Automobile, besonders Lastautomobile, Bicykles und Bestandteile davon, Maschinen und Material für elektrischen Starkstrom und Akkumulatoren, Druckpressen aller Art, Setzmaschinen, Knöpfe aller Art.

Wirtschaftliche Mitteilungen

* **Westdeutsche Bodenkreditanstalt in Köln.** Das Geschäftsjahr 1920 erbrachte einschl. 187 563 (144 212) M. Vortrag einen Reingewinn von 900 597 (919 844) M., aus dem u. a., wie bereits mitgeteilt, 6 (6) v. H. Dividende verteilt und 149 077 (187 563) M. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Nach dem Bericht des Vorstandes erfreute sich der hypothekarisch gesicherte Pfandbrief der deutschen Hypothekenbanken im Hinblick auf die Sicherheit, die ihm innewohnt, großer Beliebtheit. Der Umlauf der Pfandbriefe erhöhte sich, obgleich sich bei den 3½proz. Pfandbriefen gegen Ende 1919 eine Abnahme von 1 059 300 M. ergab, von 114 756 700 M. auf 120 637 400 M. Trotz der sich aus dem Mangel an privater Neubautätigkeit naturgemäß ergebenden Knappheit an Hypothekenmaterial konnte die Gesellschaft über 11¼ Mill. M. Neuabschlüsse tätigen. Nach der Bilanz betragen Einlagen in laufender Rechnung 193 685 (61 625) Mark, Pfandbriefzinsscheine 2 058 813 (1 750 584) M., Hypothekenpfandbriefe 120 637 400 (144 756 700) M. dagegen Hypothekendarlehen 136 988 427 (131 335 510) M., Guthaben bei Banken und öffentlichen Kassen 5 563 552 (3 122 843) M.

* **Hannoversche Bodenkreditbank A.-G. in Hannover.** Der im Geschäftsjahr 1920 erzielte Gewinn beläuft sich einschließlich 19 714 (54 504) Mark Vortrag aus dem Vorjahre auf 415 018 (331 248) M. Hiervon sollen 8 (7) Prozent Dividende und 57 423 (51 534) Mark Tantieme verteilt, 50 000 (50 000) Mark dem Ertragreservefonds 2 zugewiesen, und 67 525 (19 714) M. neu vorgetragen werden.

* **Warenkreditbank, A.-G. in Berlin.** Die Verwaltung schlägt für das erste Geschäftsjahr 7 v. H. Dividende vor.

* **Rheinische Möbelstoff-Weberei vorm. Dahl u. Busch, A.-G., Unter-Barmen.** Die Gesellschaft beruft ihre ordentliche Generalversammlung zum 22. März nach Barmen ein. Die Verwaltung beantragt die Verteilung einer Dividende von 30 v. H. auf das gesamte Aktienkapital. Gleichzeitig wird zur weiteren Verstärkung der Betriebsmittel, die sich als notwendig erwiesen hat, die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Mill. M. auf 6 Mill. M. durch Ausgabe von gewöhnlichen Aktien beantragt. Diese Aktien sollen von der Gesellschaft zum Kurse von nicht unter 125 v. H. an das Bankkonsortium der Gesellschaft mit der Verpflichtung überlassen werden, sie den alten Aktionären zu vom Aufsichtsrate zu bestimmenden Bedingungen im Verhältnis von 1:1 zum Bezuge anzubieten.

* **Der Winterhall-Konzern**, der als Großgebilde vorzugsweise in der Lage ist, seine Betriebe zusammenzulegen, läßt nun auch die Gewerkschaft Johannashall über die Bereitstellung von Betriebsmitteln oder die Stillegung der Werke Johannashall und Wilz Beschluß fassen.

bmz **Brauhaus Würzburg.** Würzburg, 25. Febr. (Eig. Drahtb.) Die ao. G.-V. nahm mit großer Stimmenmehrheit den Antrag der Verwaltung auf Ausgabe von 500 neuen Namensvorzugsaktien zu je 200 M. an. Die Opposition, die in der Kapitalserhöhung einen Versuch zur Majorisierung der Stammaktionäre erblickte, gab zu allen Beschlüssen Protest zu Protokoll.

Volkswirtschaftliche Literatur

Eingebung und Lösung von Arbeitsverträgen Zulässigkeit von Betriebsabbrüchen und Betriebsstillegungen

Textausgabe mit Einleitung, Erläuterungen u. Sachregister herausgegeben von Dr. W. v. Karger und Dr. W. Leist, Rechtsanwälte in Berlin. 12. Band von Elsners Betriebsbücherei. 1921. Otto Elsner, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin S. 42.

Während früher der Arbeitgeber in seiner Befugnis, Arbeitnehmer einzustellen und zu entlassen, unbeschränkt war, ist in dieser Beziehung seit der Revolution eine tiefgehende Aenderung eingetreten. Kamen bis dahin nur die allgemeinen Bestimmungen des Bürgerl. Gesetzbuches und die für die besondere Gruppe des Arbeitnehmers geltenden Sondergesetze (Handelsgesetzbuch, Gewerbeordnung u. a.) in Betracht, so finden sich in der nachrevolutionären Gesetzgebung in zahlreichen Gesetzen u. Verordnungen Bestimmungen verstreut, die der Arbeitgeber beachten muß, will er sich nicht großen Nachteilen aussetzen. All diese Bestimmungen in einem Buche zusammenzufassen und kurz zu erläutern, ist die Aufgabe, die die Verfasser des vorliegenden Werkes sich gestellt haben.

Verkehr

Der Zusammenbruch des Weltfrachtenmarkts

Der internationale Frachtenmarkt weist laut „Ind.- und Handelsztg." auf fast allen Märkten weitere Rückgänge auf, und man muß wohl damit rechnen, daß abermals ein großer Teil der noch verfügbaren Tonnage außer Fahrt gesetzt wird.

Die Abneigung, die die Reeder allgemein gegen einen Zuwachs ihrer Dampferflotte zeigen, beweisen vor allem auch die jüngsten Dampferversteigerungen in London, bei denen neben einigen holländischen Schiffen in erster Reihe abgelieferte deutsche Fahrzeuge zum offensichtlichen Verkauf kamen. Ebenso wie die Frachten haben sich auch die Schiffspreise selbst stark ermäßigt, und heute sind die Preise für neue und alte Dampfer im Ausland fast wieder auf den Stand vor dem Kriege gesunken. Selbst wenn in den Frühjahrsmonaten größere Warenverschiffungen einsetzen sollten, so ist es doch noch fraglich, ob der Frachtenmarkt daraus Nutzen ziehen wird, denn zurzeit steht das Angebot von Schiffsraum in einem solchen Mißverhältnis zur Nachfrage, daß nur eine anhaltende Besserung auf den Warenmärkten der niedergehenden Konjunktur auf dem Frachtenmarkte Einhalt gebieten könnte. Auf dem nordamerikanischen Frachtenmarkte fand in der letzten Woche eine weitere Unterbietung statt, so daß für Kohlen von den nördlicheren Häfen nach Rotterdam nur noch Doll. 3,80 erhältlich waren. Die Frachten für schweres Getreide sind gleichfalls weiter zurückgegangen. Die Sätze vom Golf für Februar-Abladungen können sich kaum auf 7 sh. halten, während von den nördlicheren Häfen 5 sh. bezahlt wurden. Es soll aber teilweise noch weniger bezahlt worden sein. Für Holz vom Golf nach dem Kontinent oder England bewilligte man 200 sh. den Standard. Von Kuba nach England-Kontinent war Zucker zu 30 sh. am Markt. Der südamerikanische Markt ist nach wie vor flau. Februar-März-Verschiffungen von La Plata wurden zu 37 sh. untergebracht. Salpeterladungen von der Westküste Südamerikas nach dem europäischen Kontinent oder England wurden von prompten Dampfern zu 35 sh. aus dem Markt genommen. Im Nahen und Fernen Osten waren die Raten weiter rückgängig. Karachi-Befrachter bezahlten für März-Abladung nur noch 20 sh., während Bombay-Befrachter ihren Tonnagebedarf zu 25 sh. decken konnten. Die Sätze von Australien für Getreide sind auf 60 sh. angelangt, mit einer Erhöhung von 2½ sh. für spätere Abladungen.

Der Mittelmeer-Frachtenmarkt zeigte in der letzten Woche eine verhältnismäßig stille Haltung. Die Erzfrachten bewegten sich zwischen 10 und 11 sh., während für Fruchtladungen von spanischen Mittelmeerhäfen je nach der Ladefähigkeit der Dampfer 25 bis 45 sh. für 100 Kubikfuß bewilligt wurden. Die Raten von ägyptischen Häfen schlossen sich der allgemeinen Abwärtsbewegung an und notierten 14 bis 15 sh. nach Großbritannien.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Berliner Börse vom 25. Februar 1921

Anlagepapiere	24. 2.	25. 2.
5% Deutsche Reichsschatzscheine II	99.75	99.75
5% Deutsche Reichsschatzscheine III	99.25	99.25
4½% Deutsche Reichsschatzscheine IV und V	80.25	80.25
4½% Deutsche Reichsschatzscheine VI bis IX	72.00	72.00
4½% Deutsche Reichsschatzscheine 1924.	91.50	91.60
5% Dtsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% Dtsch. Reichsanl.	68.30	68.30
3½% Dtsch. Reichsanl.	66.20	66.00
3% Dtsch. Reichsanl.	67.25	67.50
Dtsch. Spar-Präm.-Anl.	84	84.25
4% Preuß. Konsols	67.75	67.75
3½% Preuß. Staffelanl.	58	57.90
3½% Preuß. Konsols	58	57.70
3% Preuß. Konsols	55.60	55.30
4½% Elberf. Stadtanl.	—	77.50
4% Elberfeld. Stadtanl.	—	—
3½% Stadtanl. Elberf.	—	—
Türk. 400 Frks.-Lose	435	438
Eisenbahnaktien		
Aachen-Maastr.-Bahn	—	—
Aachen-Gemußscheine	—	—
Elektr. Hochbahn Vrz.	103½	103½
Baltimore und Ohio	439¼	444
Luxemb. Pr. Hr.	—	—
Schantungbahn	590½	583
Schiffahrtaktien		
Argo, Dampfschiffahrt	1150	1180
Deutsch.-Austral. D	372	372¼
Hamb.-Amer. Paketf.	194	192½
Hamb.-Südamer. Dsch.	400	405
Hansa Dampfschiffges.	326	328
Norddeutscher Lloyd	194	193¼
Ver. Elbeschiffahrt	328	333
Banken.		
Barmer Bankverein	172	172¼
Barmer Kreditbank	225	222
Berg.-Märkische Ind.	175	165
Berl. Handelsgesellsch.	234	234
Berl. Hypoth.-Bank	113	113½
Commerz u. Privatb.	209½	209
Darmstädter Bank	178	178
Deutsch-Asiat. Bank	445	450
Deutsche Bank	295	294½
Disconto-Komm.	241½	241
Dresdner Bank	210¼	210
Essener Kreditanstalt	187½	187½
Nationalb. f. Deutschl.	198	197½
Osnabrücker Bank	158	160
Reichsbank	152	152

Brauereien	24. 2.	25. 2.
Berliner Kindl	—	337
Böhm. Brauhaus Berl.	—	—
Engelhardt, Berlin	—	—
Löwenbräu, Berlin	—	—
Patzenhofer, Berlin	392	389
Aktienbrauer. Dortm.	—	—
Union-Dortmund	—	—
Victoria-Dortmund	—	—
Br. Dietrich, Düsseldorf	445	445
Höfelbrauerei Düsseld.	—	295
Germania-Br., Dortm.	—	285
Isenbeck-Brauerei	—	—
Löwenbräu, Dortmund	—	—
Reichelbräu	294½	294½
v. Tucherache Brauerei	—	—
Wicküller-Küpper-Br.	225	225
Industriepapiere		
Aachener Leder	533	535
Aachener Spinnerei	515	510
Accumulat-Ges. Hag.	402	405
Adler-Portlandz.	278	272½
Adler-Hütten-Glas	464	464
Adler Fahrradges.	250	249½
Akt.-Ges. f. Anilinfabr.	415	410
Alexanderwerk	275	274¾
Alfeld Gronau	540	550
Allgem. Elektr.-Ges.	288	281½
Alsen Zement	445	432
Amme, Giesecke & Konegen	375	370
Ammendorf Papier	—	780 ex.
Anglo-Cont. Guano	392½	393
Ankerwerke	270	271
Annener Gußstahlw.	—	—
Arenberg Bergbau	990	898
dto. neue	944½	945
Augsburg-Nürnberg	359½	354
Bad. Anilin-Fabrik	500	494
Balcke Maschinenfabr.	425	436½
Barop, Walzwerk	940	940
Basalt A.-G.	424	425
Bedburger Wolle	540	550
J. P. Bemberg	480	480
Carl Berg	360	—
Julius Berger	375	381
Bergmann, Elektr.-W.	326	316
Berlin-Anhalter Masch.	246¾	249
Berl. Elektr. Werke	242	243
Berl. Gubener Hutfabr.	777	785
Berl. Holzkompt.	328	329
Berliner Jutespinnerei	205	211½
Berliner Maschinenbau Schwtzk.	356	360
Berl.-Neur. Kunstanst.	245	240½
Berzelius	291½	295
Bing, Nürnberger Met.	278	275
Bismarckhütte	630	615
Bochumer Gußstahl-G	453	460
BoeddinghausReimann	381	385

	24. 2.	25. 2.
Gebr. Böhler & Co.	485	496
Bösperde Walzwerk	378	374½
Braunkohle Brikett	330	335½
Braunschw. Kohle	541	540
BreitenbachPortlandz.	356½	360
Bremer Linoleum	428	415
Bremer Vulkan	525	525
Bremer Wollkämmerei	416	416
Buderus Eisenwerk	490	473
Busch. Opt.	380	384½
F. W. Busch, Lüdensch.	482	476
Busch, Waggonfabrik	581	575
Butzke & Co., Metall	278½	278
Capito & Klein	705	680
Chem. Fab. Buckau	440	440
Chem. Griesheim	379	380½
Chem. Fabr. v. Heyden	380	385½
Chem. Weiler-ter-Meer	349½	343
Chem. Ind. Gelsenkirch.	748	745
Chem. Werke Albert	570	569
Concordia Bergbau	410	406
Consolidation Schlake	712	715
Daimler Motoren	261	257
Delmenh. Linoleum	405	410
Dessauer Gas	237	240
Deutsch-Atl. Tel.	237	230
Deutsch-Luxemb. A.-G.	312½	309
Deutsch-Niederl. Tel.	239	238¼
Deutsch-Südamer. Tel.	224½	223¼
Deutsch-ÜberseeElekt.	993	1023½
Deutsche Eisenbahn-Signalwerke	280	279½
Deutsche Erdöl A.-G.	950	940
Dtsch. Gußstahl-Kugel	275	274
Deutsche Kallwerke	347	350
Deutsche Kunstleder	239½	236
Deutsche Schachtbau	550	560
Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke	301	305
Dtsch. Waffen u. Mun.	575	563
Deutsche Wollwaren	443	442
Deutscher Eisenhandel	313	307
R. W. Dinnendahl	304½	296
Dürener Metallwerke	536	550
Dürkopp-Werke	515	530
Düsseld. Eisenbahnbed	370	386
Düsseld. Eisen u. Draht	—	—
Düsseld. Eisenhütte	425	424½
Düsseld. Maschinenb.	365	379¼
Dynamit Nobel	354½	353½
Eisenb. Verksm.	421	420¾
Eisengießerei Velbert	413	—
Elberfelder Farbenfab.	431	429¾
Elektrische Lieferung Elektr. Licht u. Kraft	207½	205½
Elektr. Untern. Zürich	23 exl	230½
Elsbach & Co.	124	—
Erdmannsd. Spin.	390	399
Eschweiler Bergwerk	275	270½
Essener Steinkohlen	315	310
Fahlberg, List & Co.	394	390
Feldmühle	406	407
	386	392

	24. 2.	25. 2.
Felten & Guilleaume Carlswerk	480	490
Filter u. Braut. Masch.	416	444
Finkenberg Zement	443	442
Flöther Masch.	385½	385½
Frankonia	401	385¼
Fraustädter Zucker	746½	759
Friedrichshütte	1040	1040
Gaggenau Eisenwerk	265	268
Gasmotoren Deutz	218	220
Gebhard & Co.	325	325
Gelsenkirchen. Bergw.	321¾	330¼
Gelsenkirchen. Gußst.	403	410
Georg Marienhütte	334¾	326
Gerb. u. Farb. Renner	450	426
Germania Portl.-Zem.	318½	319¾
Gerresheimer Glash.	602	590
Joh. Girmes & Co.	430	431
Gladbacher Wollind.	460	480
Gebr. Goedhardt	432	430
Th. Goldschmidt	790	781
Görl. Waggonfab.	384	380
Gotha Waggon	400	418
Grevenbroich Masch.	—	—
Gritzner Maschinen	399	398¾
Hackethal Draht.	340	343¾
Hammersen	394½	389½
Hann. MaschinenEgest.	478	483
Hannov. Msch.-Wagg.	420	419¾
Harburg-Wiener Gum.	375	380
Harburger Eisen u. Br.	725	725
Harkort Brg. St. Pr.	370	361½
Harkort Brücken	295	302
Harkort Brück. St. Pr.	366	360
Harpener Bergbau	442	445
Hartmann-Masch.	315	314½
Hasper Eisen	970	940
C. Heckmann, Duisb.	631	623
Held u. Francke	449	445
Hemmoor-Zem.	394	394½
Hilger, Verzinkerei	555	549
Hille Werk	260	281¾
Hindrichs Auffermann	290	288
Hirsch Kupfer	386	373
Hirschberg. Lederfabr.	395	—
Höchster Farbwerke	405	401½
Hösch, Eisen	824	800
Hohenlohe-Werke	273	272¾
Horch Mot.	309	309
Hotelbetriebages.	305½	309¾
Hubertus Braunkohl.	475	470
Humboldt Maschinen	200	196¾
Hüttenwerke Kayser	395	391
Ilse Bergbau Ges.	520	519
J. A. John	295	298
Max Jüdel & Co.	342	337
Kahla Porz.	570	571
Kaiser-Keller	225	225
Kaliwerke Aschersleb.	337½	340
Kammerichwerk	599	599½
Kapier Masch.	236	236
Kasseler Federstahl	455	450

	24. 2.	25. 2.
Kattowitz Bergbau	304	305
Kirchner & Co., Masch.	—	550
Koch Adlernähmasch.	600½	596
Köln-Neuessen	635	650
Köln-Rottweiler	365	358
Kölsch Walzengießerei	724	716½
König Wilh.	697	697
„ „ St. Brior	—	—
Königsborn	755	755
Kont. Elektr.-Ges., Nürnberg, V. A.	—	138
Gebr. Körting	280	284
Krefelder Stahlwerk	—	—
W. Krefft	340	336
Kronprinz Metall	820	870
Gebr. Krüger & Co.	273	273
Küppersbusch & Söhne	365	381
Kyllhäuser Hütte	290½	285½
Lauchhammer	541	534¾
Laura-Hütte	347¾	337¼
Leipziger Piano-Zimmermann	405	410
Leipziger Werkzeug	447½	447
Leonhard Braunk.	1030	—
Leopoldshall	585	584
Lindenberg Stahlwerk	450	455
Carl Lindström	280	279¼
Linke-Hoffm.	435	438
L. Loewe & Co.	—	320
C. Lorenz A.-G.	415	420
Lothringer Hütten- u. Bergwerk	419	420
Lothringer Cement	515	506
Luckau und Steffen	298¼	299
Lüdenscheider Metall	448	435
Luther Masch.	389¼	384¾
Malmedie & Co. Masch.	395	385
Mannesmann Röhren	558	566
Märk. Portl.-Zement	550	549
Märk. Westf. Berg.	400	400
Masch.-Baum	398	380
Masch. Buckau	555	550
Schulte, Dortmund	340	355
Dr. Paul Mayer	230	227½
Mix & Genest A.-G.	311	314½
Müllheimer B.-Ver.	425	430
Müller Gummi	262	265
Niederlausitzer Kohle	404	412
Nikrit Fabrik	279½	275
Norddeutsche Gummi	193	200
Norddeutsche Wollk.	420	417
Oberschlesische Eisenbahn-Bed.	304½	301
Oberschlesisch. Eisenin	289	286
Oberschlesische Koks	496	494
Oeking Stahlwerk	410	410
Orenstein & Koppel	505	507
Osnabrücker Kupfer	412	403
Panzer Akt.-Ges.	256	253½
Peipers Walzenguß	828	830
Phönix Bergbau	565½	576½

	24. 2.	25. 2.
Jul. Pintsch	396½	398
Polyphonwerke	308	308
Pongs Spinnerei	400	397
Porta, Bremer Zement	356½	347¾
Rauchw. Walter	810	805
Reichelt Metall	600	632
Reisholz. Papier	409	411
Rhein. Braunkohlen	659	655
Metall V. A.	358½	356
Rheinische Möbelstoff	480	510
Rhein. Nassau Bergw.	736	736
Rhein. Spiegelglas	650	641
Rhein. Stahlwerke	520	516
Rhein.-Westf. Industrie	241	248
Rh.-Westf. Zementind.	389½	359½
Rhein.-Westf. Kalkw.	570	575
Rhein. Sprengstoff	303	310
Rheydt Elektrot.	395½	395½
Riebeck Montan A.-G.	425	422½
J. D. Riedel	453	452
Rockstroh-Werke	314¼	315
Roddergrube	590	594
Romb. Hütten	335	324
Rosenthal Porz.	667	—
Rositzer Braunk.	465	465
Rositzer Zuckerraff.	350	353¼
Rütgerswerke	400	401
Sachsenwerk	321	319½
Sarotti Schokolade	910	910
Schering Chem. Fabr.	481	481
Ernst Schieß A.-G.	328	323
Schles. Zellulose	370	375
Schles. Leinen Kramsta	320	326½
Schloßf. vorm. Wilhm Schulte, Velbert	995	994
Hugo Schneider A.-G.	345	345
Schoeller-Eitorf	379	380
Schomburg	617	630
Gebr. Schöndorff	284½	289
Schönebeck, Metall	399½	401
Herm. Schött, Rheydt	580	580
Schubert & Salzer	415	418
Schuckert & Co.	239½	239½
Schulte, Dortmund	—	—
Schweimer Eisenwerk	511	500
Seck, Mühlenbau	260	260
Fr. Seiffert & Co.	368	366
Sieg. Sol. Gußstahl	287½	285
Siemens & Halske	240	281
Sondermann & Stier	—	215
Steaua Romana	—	—
Stettiner Vulkan	322	322
Stöhr & Co., Kammg.	515	502
Stoewer Nähm.	449	444
Stolberg Zink	410	406¾
Gebr. Stollwerk	142	137
Teckienborg Schiffsw.	473	474½
Telefon Berliner	355	360
Thale Eisen	746	749½
Thörls Oelfabr.	782	770
Leonhard Tietz	158	158
Triptis-Yarn	351	358½

	24. 2.	25. 2.
Tuchfabrik Aachen	337½	334
Türkische Tabakregie	810	900
Varziner Papier	560	548
Ver. Berl. Frkf. Gummi	—	—
Ver. Chem. Charlottenb.	540	535
Verein. deutsch. Nickelw.	535	540
Ver. Pränk. Schuhfabr.	270½	273
Vereinigte Glanzstoff	880	885
Ver. Gothaniawerke	312	319
Ver. Lausitzer Glas	—	—
Ver. Portl. Schimisch	361	359
Ver. Smyr. Tepp.-Fbr.	325	325
Ver. Thüringer Metall	435	444
Vereinigte Stahlwerke Zypen & Wissen	930	—
Victoriawerke	305	300
C. J. Vogel, Tel.	494½	490
Vogtländ. Masch.-Fbr.	289½	289¼
Vorwärts, Biel. Spin.	259½	259½
Vorwohler Portland	350	390
Wanderer-Werke	624	615
Warsteiner Gruben	378	377
Weser A.-G.	298	309
Wessel-Porzellan	365	370
Westeregeln Kali	505½	514
WestfälischeDrahtind.	240	292
Westf. Eisenlangendr.	395	392½
Westf. Kupfer-Werke	311	307½
Wicking Portland	365	368
Wittener Glas	785	785
Wittener Gußstahl	—	—
Zellstoffverein Dresden	321	320
Zellstoff Waldhof	441	440
Kolonialwerte.		
Deutsch-Ostafrika	229	229
Neu-Guinea	590	579
Otavi-Minen u. Eb.	674½	664
Otavi-Genußscheine	555	550
Kurse v. amtlich nicht notierten Werten.		
Russenbank	64½	64¼
Deutsche Petroleum	775	770
Benz Motor	240	238
Justus Kali	213	215
Ronnenberg	330	335
Stahlwerk Becker	273	285
Deutsch. Masch., Duisb.	345	345
Flender Brückenbau	370	370
Ludw. Ganz	240	250
Glockenstahlwerk	412	410
Halbach Masch.	236	239
Hansa Lloyd	146	145
Kabelwerke Rheydt	475	485
Weyersberg Kirschb.	345	347
R. Wolff	254	252

Schwankende Kurse

	Schluß v. 24. 2.	heutiger Kurs
Berl. Handels-Ges.	234¼	235—234
Com.- u. Priv.-Bk.	209½	209½
Darmstädt. Bank	178	178
Deutsche Bank	297¾	294½
Disk.-Gesellschaft	241½	241¼
Dresdner Bank	210¾	211—210
Mitteld. Kred.-Bk.	—	184½
Nationalbank für Deutschland	198¼	197½
Prinz Heinrich	—	—
Argo Dampfschiff	1180	1195—1175
Hamb.-Amer. Pak.	194	195—194¼—193½
dto. Südamerik. D	400	408—414—404
HansaDampfschiff	326	330—333—328
Nordd. Lloyd	193¾	194—194½—193¾
Bismarckhütte	609	615
Bochum. Gußstahl	453	459½—458
Buderus Eisenw.	490	594—590—573
Dt.-Lux. Bergw.	312½	311—312—309
Gelsenk. Bergw.	320¾	323—320¼
Harpener Bergb.	442	444—447—445
Hoesch Eisen und Stahl	830	825—800
Hohenlohe Werke	275½	274—75½—2¾
Kattowitz. Bergb.	307	303—5—8—5
Laurahütte	350	342-1-2¾-37½
Lothr. Hütten- u. Berg.-Verein	419	418—420
Mannesmannröh.	558	568—67—75—66
Oberschles. Eisenbahn-Bed.	306	304—203—206
dto. Eisenind. C.H.	289	291—296—296

	Schluß v. 24. 2.	heutiger Kurs
Phönix-Bergbau	565½	579¾-76-82-76
Rhein. Braunkohl. und Briketts	—	667—655
dto. Stahlw.	520	520—523—518
Rombach. Hütten	335	331—336—329
Thale Eisenhütte	739	746—749
Anglo-Cont. Guan.	394	394¾—391
Elberf. Farbfabr.	431	427—429¾
Th. Goldschmidt	790	795—781
Höchster Farbw.	405	401½-3½-1-1½
Oberschl. Kokasw.	496	497—494
D. Uebersee Elekt.	998	1022—1039—1021
El. Licht- u. Kraft.	228	230½
Felten & Guilleaume	480	490
Adler-Werke	250	246—249½
Augsb. Nürnberg. Masch.	359½	359½-360½-59½
Gebr. Böhler & Co.	—	492—496
Daimler Motoren	261	260—236
Dynamit A. Nobel	350½	354—352
Hirsch Kupfer	385	378—375
Rhein. Metallw.	359½	362½—360
Köln-Rottweiler	359	360—355
Zellstoff Waldhof	441	442—438
Stettiner Vulkan	319	326½—322
Weser Schiffbau	—	311—309
Deutsche Kaliw.	347	356—357—350
Westereg. Alkali	505½	512—514
Neu-Guinea	590	590—595—580
Otavi Minen und Eisenbahn	653½	660
dto. Genußsch.	644½	651

Amtliche Berliner Devisenkurse

Für drahtliche Auszahlungen	24. Februar Geld Mk.	24. Februar Brief Mk.	25. Februar Geld Mk.	25. Februar Brief Mk.	Bisheriger Höchstkurs	Friedens-kurs
Holland 100 Gulden	2100.35	2104.55	2132.85	2137.15	4196.00, 27. 1. 20	168.70
Brüssel-Ant. 100 Fl.	460.50	461.50	464.50	465.50	739.25, 14. 2. 20	81.00
Norwegen 100 Kr.	1073.90	1076.10	1086.40	1088.60	1725.25, 17. 2. 20	112.50
Dänemark 100 Kr.	1113.85	1116.15	1128.85	1131.15	1698.50, 27. 1. 20	112.50
Schweden 100 Kr.	1371.60	1374.40	1393.60	1396.40	1998.00, 4. 3. 20	112.00
Finnland 100 finn. M.	182.30	182.70	181.80	182.20	464.50, 4. 3. 20	81.00
Italien 100 Lire	222.50	223.00	227.25	227.75	549.50, 14. 2. 20	81.42
London 1 Pfd. Stlg.	238.50	239.00	242.25	242.75	350.65, 4. 3. 20	20.30
New York 1 Dollar	61.68	61.82	62.93	63.07	102.90, 7. 1. 20	4.00
Paris 100 Frk.	441.30	442.20	446.05	446.95	709.30, 20. 2. 20	81.00
Schweiz 100 Frk.	1018.95	1021.05	1036.95	1039.05	1798.00, 27. 1. 20	81.50
Spanien 100 Pes.	849.15	850.85	861.60	863.40	1848.00, 27. 1. 20	80.50
Ostereich 100 Kr.	—.—	—.—	—.—	—.—	40.96, 17. 2. 20	
„ abgst. 100 Kr.	13.18	13.22	13.73	13.77	39.75, 10. 11. 19	
Prag 100 Kr.	76.65	76.85	78.15	78.35	100.85, 4. 3. 20	
Budapest 100 Kr.	11.93	11.97	11.98	12.02	—.—	—

Börsenstimmungsbild

hmz. **Berlin**, 25. Februar. (Eig. Drahtb.) Die Nachwirkung der Kundgebung des Reichswirtschaftsrates machte sich im Anziehen der fremden Devisenkurse und einer allgemeinen Befestigung der Tendenz bemerkbar. Es gab auch kleine Sensation in Gestalt der sprunghaften Aufwärtsbewegung von Buderus, die um 100 stiegen. Die Ursache lag obwohl neue Kombinationen an der Börse verbreitet waren, hauptsächlich in Interessenkäufen der Firma Herzberg, die in bestimmtem Auftrage die Aktien in großen Posten aufkaufte. Von den übrigen Montanwerten waren Phönix, Mannesmann, Rhein. Braunkohlen und Bochumer befestigt, während Gelsenkirchen, Deutsch-Lux. und Rhein. Stahl sowie Rombacher anfänglich unbeachtet blieben. Auch oberschlesische Werte wurden auf Gewinnsicherstellungen hin etwas niedriger. Im späteren Verlauf festigten sich die Kurse für Montanwerte. Schiffahrtswerte waren vorwiegend schwächer, mit Ausnahme von Argo, die um weitere 15 v. H. stiegen. Von chemischen Werten blieben Goldschmidt befestigt, ebenso Guano, dagegen gaben Elberfelder Farben um 4 v. H. und Badische um 9 v. H. nach. Elektrowerte waren nicht einheitlich. Deutsch-Ueberseo stiegen weiter, dagegen lagen AEG. und Siemens & Halske schwächer. Der Markt der Metall- und Maschinenwerte brachte nur einige Käufe in Orenstein & Koppel, während Hirsch-Kupfer und Rhein. Metall vorwiegend abgegeben wurden. Petroleumwerte waren wenig verändert. Deutsche Petroleum alte 775, junge 745, Erdöl 950, jüngste 925. Kolonial- und Valutapapiere zogen weiter leicht an, mit Ausnahme von Otawi. Kolonialanteile 7000, Pomona 4125, Südsee 1725, Sloman 1925. Von ausländischen Eisenbahnwerten waren Kanada und Baltimore fest. Schantung leicht abgeschwächt. Im weiteren Verlauf zeigte die Börse zunehmende Befestigung. Der Markt der mit Einheitskurs notierten Werte war auf Kaufaufträge des Publikums hin sehr fest. Tägliches Geld 4¼ v. H., Ultimo-Geld 5 v. H., ausländische Zahlungsmittel Dollar 62½, Polen 7,17, Rumänen 80, Holländer 2135, London 242½, Frankreich 446.

Berliner Produktenbörse

hmz. **Berlin**, 25. Februar. (Eig. Drahtb.) Die Haltung von Mais ist durch die Verschlechterung des Markkurses in Nordamerika nur leicht befestigt worden. Der Umsatz von Rauhfutter hielt sich bei unveränderten Preisen in engen Grenzen. Hülsenfrüchte wurden reichlicher und billiger zum Verkauf gestellt. Für Ersatzstoffe fehlte Interesse. Saatlupinen und Serradella fanden nur mäßige Beachtung, Oelsaaten etwas lebhafter bei weichenden Preisen. Frühmarkt amtlich: Plata-Mais loco 160 bis 162, Futtererbsen 127 bis 130.

Von den Börsen

† **Essen**, 24. Februar (Eig. Drahtbericht)

Steinkohle	Nachfr.	Angeb.
Adler	32000	35500
Alte Haase	13000	14000
Blankenburg	15800	16300
Caroline	21500	22500
Carolus Magnus	23500	25000
Constantin der Große	—	250000
Ewald	190000	200000
Fröhl. Morgensonne	67500	69000
Gottessegen	20300	21500
Graf Bismarck	168000	180000
Graf Schwerin	94000	99000
Heinrich	27250	29500
Helene & Amalie	125000	126000
Johann Deimelsberg	36500	37200
König Ludwig	184000	192000
Langenbrahm	46000	48000
Lothringen	285000	300000
Braunkohle		
Brackdorf-Nietleben	34500	36000
Bernhardshall	—	—
Orange	—	—
Kali		
Alexanderhall	62000	—

	Nachfr.	Angeb.
Beienrode	35000	38000
Burbach	—	25500
Carlsfund	20500	21500
Desdemona	—	—
Glückauf b. Sondershausen	62000	63000
Hohenfels	28500	29500
Johannashall	15000	—
Kaiseroda	—	62000
Neustaßfurt	64500	66000
Siegfried I	18000	18900
Waibeck	21000	22500
Wilhelmshall	35000	36500
Wintershall	260000	290000
Aktien-Gesellsch.		
Deutsche Kali-Aktien	—	—
Brauhaus Essen	—	—
Aktienbrauerei Essen	—	400
Glas- und Spiegel-Man.	825	—
Goldschmidt	—	—
Styrumer Eisen	—	—
Uerdinger Waggon	345	370

Köln, 25 Februar 1911. (Eig. Drahtber.)
im Frühverkehr wurden gehandelt

	24. 2.	25. 2.		24. 2.	25. 2.
Engländer	235.50—239	241—249	Schweiz	1010—1020	1025—1060
Franzosen	439—442	441—450	Amerikaner	61.00—31.75	62¾—64¼
Belgier	459—462	461—470	Rumänen	—	—
Holländer	2080—2115	2130—2190	Italiener	—	—

Geld- und Wechselkurse

er. **Düsseldorf**, 25. Febr. (Eig. Drahtb.) Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel haben auch heute vormittag teilweise wieder kleine Steigerungen erfahren, da die deutsche Mark sowohl aus Neuyork als auch aus Basel niedriger gemeldet wurde. Neuyork kabelte sie 1,57 gegen 1,63 gestern abend. In Westdeutschland notierten Holländer 2165—73, Franzosen 445—47, Belgier 464—66, Engländer 246 bis 247, Dollars 63½—64.

ep **Zürich**, 25. Februar (Eig. Drahtbericht).

	24. 2.	25. 2.		24. 2	25. 2.
Holland	206.50—07.00	206.25-206.75	Italien	22.00—22.20	21.80—22.00
Deutschland	9.85—10.00	9.50—9.70	Brüssel	45.00—45.50	44.75—45.25
Wien	1.30—1.40	1.25—1.35	Budapest	1.10—1.25	1.10—1.25
Prag	7.40—7.70	7.25—7.75	Neuyork	6.04-6.06	6.06—6.08
Paris	42.40—42.70	42.75—43.00	Bukarest	7.90—8.20	7.80—8.10
London	23.41—23.49	23.25—23.40			

Wien	23. 2.	24. 2.
Berlin	1167.00	1164.50
Amsterdam	243.00	243.50
Zürich	117.50	117.70
Kopenhagen	128.25	129.75
Stockholm	—	—.—
Christiania	51.35	51.25
London	27.57½	27.65
Marknoten	1167.00	1163.50
Prag	23. 2.	24. 2.
Berlin	130.25	130.00
Marknote	130.25	130.00
Wien	10.75	10.75
Kopenhagen	23. 2.	24. 2.
Stockholm	123.25	123.10
Christiania	97.00	96.50
Hamburg	9.30	9.15
London	21.33	21.34
Paris	40.25	43.97½
Antwerpen	42.00	41.50
Schweiz	91.50	91.25
Amsterdam	189.00	188.50
Helsingfors	18.00	16.50
New York	549.00	548.00

Amsterdam	23. 2.	24. 2.
London	11.35	11.34½
Berlin	4.87½	4.87½
Paris	21.22½	21.22½
Schweiz	48.45	48.45
Wien	0.62½	0.62½
Kopenhagen	53.25	53.25
Stockholm	65.50	65.50
Christiania	51.20	51.20
New York	2.92	2.92
Brüssel	22.12	22.15½
Madrid	40.65	40.65
Italien	10 70	10.70
Stockholm	23. 2.	24. 2.
London	17.37	17.37
Berlin	7.40	7.40
Paris	32.60	32.15
Brüssel	34.00	34.00
Schweiz	74.00	74.00
Amsterdam	153.25	152.25
Kopenhagen	81.50	81.70
Christiania	78.50	78.75
Washington	447.00	447.00
Helsingfors	14.00	13.56

Internationaler Schuldenausgleich nach dem Vertrage von Versailles.

Ueber dieses Thema sprach Leiter der Zweigstelle Düsseldorf des Reichsausgleichsamts, Herr Oberlandesgerichtsrat Peipers, am Mittwoch nachmittag im Saale der Kunstakademie in